

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Guido Steinberg

Anführer der Gegenrevolution

Saudi-Arabien und der arabische Frühling

S 8
April 2014
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2014

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Proteste in Saudi-Arabien**
- 7 Die islamistische und die liberale Opposition
- 10 Die schiitische Protestbewegung
- 13 **Iranisch-saudi-arabische Beziehungen**
- 16 **Eine neue, offensive Regionalpolitik**
- 16 Solidarität der Monarchien und Autokraten
- 16 *Die Union der Golfstaaten*
- 17 *Der GKR-Beitritt Jordaniens und Marokkos*
- 18 *Mit dem Militär gegen die Muslimbrüder in Ägypten*
- 20 Gegenrevolution in Bahrain
- 23 Revolution in Syrien
- 27 **Schlussfolgerungen und Empfehlungen für deutsche Politik**
- 29 **Abkürzungsverzeichnis**

*Dr. Guido Steinberg ist Wissenschaftler in der
Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika*

Anführer der Gegenrevolution Saudi-Arabien und der arabische Frühling

Das Königreich Saudi-Arabien hat die Revolutionen in der arabischen Welt unbeschadet überstanden und sich als unumstrittene Führungsmacht der Monarchien und reichen Öl- und Gasförderstaaten etabliert. Durch sein Vorbild und seine Unterstützung prägt es den Umgang der anderen noch stabilen Regime mit den Protestbewegungen. Dabei profitiert die Herrscherfamilie davon, dass sie über beträchtliche historische und religiöse Legitimität verfügt und die hohen Einnahmen aus dem Ölexport nutzen kann, um Unterstützung zu kaufen.

Doch es ist nicht nur die relative Stabilität, die die Situation in den arabischen Anrainerstaaten des Persischen Golfes von der in anderen Ländern der Region unterscheidet. Vielmehr verbindet sich in Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten die Furcht der Herrscher vor der aufbegehrenden Bevölkerung mit dem Konflikt, der zwischen Iran und seinen regionalen Gegenspielern besteht und von wachsenden konfessionellen Spannungen begleitet wird. Saudi-Arabien und seine Verbündeten sehen in den Protesten der Schiiten in der saudi-arabischen Ostprovinz und in Bahrain keine Bewegungen gegen autoritäre Regime, sondern in erster Linie den Versuch Irans, mit Hilfe der arabischen Schiiten legitime Regierungen zu stürzen. Saudi-Arabien fürchtet schon seit längerem, dass Teheran darauf aus ist, in der Golfregion und im Nahen Osten eine Vormachtstellung einzunehmen. Seit 2005 versucht das Königreich, Iran mit einer zunehmend entschlossenen und teils aggressiven Regionalpolitik entgegenzutreten. Die seit 2011 zu beobachtenden Unruhen unter den Schiiten in Saudi-Arabien und Bahrain betrachtet Riad vor allem in diesem Zusammenhang.

Auf diese Weise wird der arabische Frühling in Saudi-Arabien zu einem innenpolitischen ebenso wie außenpolitischen Thema. In der Innenpolitik verfolgte die saudi-arabische Führung eine Doppelstrategie. Zum einen kündigte sie schon im Frühjahr 2011 enorme direkte und indirekte Geldzuwendungen an die Bevölkerung an, um diese von Protesten abzuhalten. Zum anderen taten deutliche Drohungen und die verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften an potentiellen Versammlungsplätzen und in traditionell unruhigen Gegenden ein Übriges, um im März 2011 geplante

Demonstrationen schon im Ansatz zu verhindern. Im schiitisch besiedelten Osten des Landes bemühte sich die Regierung, immer wieder aufkeimende Proteste früh niederzuschlagen. Besonders feindselig reagierte die Führung in Riad auf die Zusammenarbeit von schiitischen und liberalen Reformern.

Auch in der Regionalpolitik fuhr Saudi-Arabien seit Frühjahr 2011 zweigleisig. Erstens versuchte das Land, die Monarchien in Jordanien und Marokko zu stabilisieren, und stellte sich auf die Seite des Militärs in Ägypten, so dass Saudi-Arabien zum wichtigsten Vertreter des autoritären Status quo (ante) in der Region wurde. Zweitens trat Riad dem iranischen Vormachtstreben entschiedener als in den Jahren zuvor entgegen. Im März 2011 eilte Saudi-Arabien gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Kuwait und Katar der bahrainischen Führung zu Hilfe, als die dortigen Proteste einheimischer Schiiten außer Kontrolle zu geraten drohten. Offensiv geht Saudi-Arabien in Syrien vor, wo es – verstärkt seit September 2013 – die Opposition und Aufständische mit Geld und Waffen unterstützt, um zum Sturz des mit Iran verbündeten Assad-Regimes beizutragen.

Trotz seiner teils aggressiven Außenpolitik bleibt Saudi-Arabien ein wichtiger Partner deutscher und europäischer Politik, aber der Umgang mit ihm wird noch schwieriger werden als zuvor. Künftig wird sich immer wieder die Frage stellen, wo die Grenzen der Zusammenarbeit liegen, und die Debatte wird sich vor allem an sicherheitspolitischen Aspekten wie deutschen Waffenverkäufen entzünden. Deutschland hat ein Interesse an der Stabilität Saudi-Arabiens, so dass der Aufbau eines Grenzsicherungssystems durch Airbus Defence (früher: Cassidian) auch aus politischer Sicht sinnvoll ist und weiterhin durch die Ausbildungsmission der Bundespolizei unterstützt werden sollte. Verständlich ist auch, dass Saudi-Arabien Iran als Bedrohung ansieht und versucht, seine Streitkräfte durch den Kauf von Kampfflugzeugen, etwa dem Eurofighter/Typhoon, zu verstärken. Fragwürdig werden Waffenlieferungen hingegen dann, wenn zu befürchten steht, dass die gelieferten Systeme gegen innere Feinde eingesetzt werden. Die Intervention in Bahrain im März 2011 hat allzu deutlich gezeigt, dass die saudi-arabische Führung bereit ist, militärisch gegen Unruhen der Schiiten vorzugehen, im Nachbarland ebenso wie in der eigenen Ostprovinz. Deshalb war es richtig, die von Saudi-Arabien gewünschten Transportpanzer vom Typ Boxer nicht zu liefern, denn ähnliche Modelle dienen immer wieder zur Bekämpfung von Unruhen. Deutschland hätte damit rechnen

müssen, dass der Panzer in den nächsten Jahren in den Schiitengebieten eingesetzt worden wäre, was Berlins Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt beschädigt hätte. Der Kampfpanzer Leopard ist in der von Saudi-Arabien bestellten herkömmlichen Version weniger problematisch, da er sich kaum für den Einsatz im Innern eignet. Sollte die saudi-arabische Führung jedoch auf ihren früheren Wunsch zurückkommen, die für die Bekämpfung von Aufständen entwickelte Version 2A7+ zu erhalten, sollte die Bundesregierung dies ablehnen.

Allerdings geht es in der Politik gegenüber Saudi-Arabien nicht nur darum, Handel zu treiben und Fehler zu vermeiden. Vielmehr hat Deutschland Interesse an langfristiger Stabilität des Landes. Sie wird aber in erster Linie durch die fehlgeleitete Politik der saudi-arabischen Führung gegenüber den Schiiten beeinträchtigt. Saudi-Arabiens Regionalpolitik wird von der Furcht bestimmt, Iran könnte die Schiiten in der arabischen Welt und schließlich auch in Saudi-Arabien mobilisieren. Diese Sichtweise entstammt jedoch eher der Paranoia der Herrscherfamilie als einer nüchternen Betrachtung der Situation vor Ort. Der iranische Einfluss auf die Schiiten in Saudi-Arabien (und in Bahrain) ist minimal und es gibt keine Belege, dass Teheran sie dazu bewegen könnte, sich gegen die Regierung in Riad zu stellen. Im Gegenteil droht die repressive saudi-arabische Politik in der Ostprovinz und in Bahrain die Schiiten erst in die Arme Irans, der Hizbullah oder irakischer schiitischer Gruppierungen zu treiben. Statt Repression ist eine politische Lösung gefragt, die volle Bürgerrechte für die Schiiten beinhalten müsste, in Saudi-Arabien wie in Bahrain. Das wäre auch eine wichtige Voraussetzung dafür, die seit 2011 erneut zunehmenden konfessionellen Spannungen in der gesamten Region abzubauen. Obwohl die deutsche Politik hier nur begrenzten Einfluss hat, ist dieser durch die intensivierten Kontakte der letzten Jahre gewachsen. Die Bundesregierung sollte diese Verbindungen weiter pflegen und ausbauen und ihnen eine politische Dimension geben. Konkret sollte Berlin immer wieder darauf hinwirken, dass Saudi-Arabien den Forderungen der Schiiten nach einem Ende ihrer Diskriminierung und voller Gleichberechtigung nachkommt. Denn nur durch langsamen, aber zielgerichteten Wandel wird das Königreich länger stabil bleiben.

Proteste in Saudi-Arabien

Die Ereignisse in Tunesien und Ägypten ermunterten auch viele Saudis, im Februar und März 2011 gegen ihre Regierung zu protestieren. Auf die ersten Anzeichen von Unruhe antwortete die Regierung mit Verhaftungen, verstärkter Präsenz von Sicherheitskräften und Warnungen an die Bevölkerung. Gleichzeitig kündigte König Abdallah direkte und indirekte Geldzahlungen für die Bevölkerung an, die zumindest die wirtschaftlichen Ursachen für die Unzufriedenheit im Land lindern sollten. Im Februar und März 2011 versprach er, insgesamt 130 Milliarden US-Dollar aufzubringen, um unter anderem die verbreitete Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu bekämpfen.¹ Daraufhin blieb es im Westen und Zentrum des Landes weitgehend ruhig, während die mehrheitlich im Osten des Landes lebenden Schiiten trotzdem mehrfach auf die Straße gingen. Obwohl die Sicherheitskräfte die Situation immer im Griff behielten, ließ die Sorge der Regierung in Riad vor Protesten nicht nach. Dies lag auch daran, dass sich die Unruhen im Osten des Landes verstetigten und Teile der Protestbewegung immer militanter und unnachgiebiger wurden.

Die islamistische und die liberale Opposition

Sporadische Proteste im Februar 2011 mündeten Anfang März in den Aufruf zu einem »Tag des Zorns« am 11. März, an dem die Saudis nach dem Beispiel der Tunesier und Ägypter zu Demonstrationen in der Hauptstadt Riad auf die Straße gehen sollten. Einige unbekannte Aktivisten hatten eine Facebook-Gruppe mit dem Titel »Das Volk will das Regime stürzen« (ash-sha'b yurid isqat an-nizam) gegründet und forderten unter anderem ein gewähltes Parlament, eine unabhängige Justiz und die Freilassung aller politischen Gefangenen.² Einen Tag nach Bekanntwerden des Aufrufs bekräftigte ein Vertreter des Innenministeriums im Staatsfernsehen, dass alle Proteste verboten seien und die Sicherheitskräfte Demonstrationen

unterbinden würden. Wiederum einen Tag später verkündete der »Rat der führenden Gelehrten« (Hay'at Kibar al-'Ulama), das wichtigste religionspolitische Gremium im Land, dass Demonstrationen und jegliches Aufbegehren gegen den Herrscher nicht mit dem Islam vereinbar seien. Medienberichten zufolge zog die saudi-arabische Führung Tausende von Sicherheitskräften zusammen, um Proteste zu verhindern.³ Infolge dieser Maßnahmen fiel der »Tag des Zorns« aus. Nur ein einziger Demonstrant fand sich am angegebenen Ort ein und wurde verhaftet, kurz nachdem er der BBC ein Interview gegeben hatte.⁴ Lediglich im Osten des Landes waren am und um den 11. März einige größere Demonstrationen zu verzeichnen.

Die Regierung ging seit Anfang 2011 wiederholt gegen islamistische und liberale Kritiker vor. Der Grund für die Verhaftungen und andere Maßnahmen war nicht immer ganz klar. Besonders strikt geahndet wurden offene Kritik an der Herrscherfamilie insgesamt oder einzelnen prominenten Mitgliedern und allzu krasse Schmähungen der im Land vorherrschenden wahhabitischen Islaminterpretation. Bereits seit den 1980er Jahren ist dies saudische Politik, doch schien die Regierung die Grenzen dieser beiden Arten von Kritik etwas weiter gefasst zu haben als in den Jahrzehnten zuvor. Das dürfte in erster Linie auf einen Wandel der Bedrohungswahrnehmung zurückgehen: Seit Beginn des arabischen Frühlings fürchtet die saudische Führung vor allem Straßenproteste von Jugendlichen. Wer nicht zu Demonstrationen aufrief und die Herrscherfamilie nicht direkt attackierte, konnte mit etwas mehr Duldsamkeit rechnen als noch vor wenigen Jahren.⁵

Obwohl diese neue Linie einige Freiräume für abweichende Meinungsäußerungen schuf, wies die Regierung liberale und islamistische Intellektuelle dennoch in die Schranken. Unter den Islamisten betraf dies vorwiegend Gruppen und Personen, die stark von der Muslimbruderschaft beeinflusst waren.

1 James Gavin, »Riyadh Spends to Curb Unrest«, in: *Middle East Economic Digest*, 15.–21.4.2011, S. 30–32 (30).

2 Amnesty International, *Saudi Arabia. Repression in the Name of Security*, London 2011, S. 43.

3 Robert Fisk, »Saudis Mobilise Thousands of Troops to Quell Growing Revolt«, in: *The Independent*, 5.3.2011.

4 Amnesty International, *Saudi Arabia* [wie Fn. 2], S. 44f.

5 Interview mit saudi-arabischem Blogger, Kuwait, 4.3.2013.

Die Position der Regierung verhärtete sich 2013, nachdem sie den Staatsstreich des ägyptischen Militärs gegen den Präsidenten und Muslimbruder Muhammad Mursi im Juli unterstützt hatte. In Saudi-Arabien wurde dies auch als Signal an die Islamisten im eigenen Land verstanden, die zwar nicht organisiert sind, aber über viele Anhänger verfügen. Anfang März 2014 setzte das saudi-arabische Innenministerium die Muslimbruderschaft sogar auf eine Liste terroristischer Organisationen, obwohl ihr keine Terroranschläge zugeordnet werden.⁶

Zunächst traf es jedoch eine Gruppe islamistischer Intellektueller, die am 9. Februar 2011 die Islamische Umma-Partei (Hizb al-Umma al-Islami) gegründet hatten. Das war schon deshalb eine Provokation, weil Parteien in Saudi-Arabien als unislamisch verboten sind. In Kuwait besteht die Umma-Partei bereits seit 2008. Sie geht auf die Initiative des salafistischen Aktivisten Hakim al-Mutairi zurück. Er gilt als wichtiger Vordenker einer Untergruppe des salafistischen Mainstream in Kuwait, die salafistisches Gedankengut mit der Politikorientierung der Muslimbruderschaft verbindet.⁷ Darin ähnelt die Lehre der Umma-Partei derjenigen anderer Gruppen am Golf, die seit den 1960er Jahren Auffassungen der saudi-arabischen Wahabiya mit Ideen der ägyptischen Muslimbruderschaft verknüpfen. Mutairi wird zuweilen als »liberaler Salafist« bezeichnet und bemüht sich, in seinen Schriften Salafismus und demokratische Prinzipien in Einklang zu bringen.⁸ Was sich in der Theorie sehr gemäßigt anhört, ist für die Regime am Golf jedoch höchst bedrohlich. Denn laut Mutairi will die kuwaitische Umma-Partei mit friedlichen Mitteln die Herrschaft der Regime in allen Golfstaaten beenden, deren Teilung in Kleinstaaten (duwailat) aufheben und einen Abzug der Amerikaner aus der Region erreichen.⁹

⁶ Die Muslimbruderschaft fand sich dort als einzige nicht-militante Organisation gemeinsam mit jihadistischen Gruppierungen wie der syrischen Nusra-Front und dem Islamischen Staat im Irak und Syrien (ISIS).

⁷ Als Vordenker dieser »wissenschaftlichen Salafiya« gilt der Gelehrte Abdarrahman Abdalkhaliq (geboren 1939), der diese Ideen in seinem Hauptwerk *Der Weg. Grundlagen der Methode der Ahl as-Sunna wa-l-Jama'a in Glaubenslehre und Praxis* aus dem Jahr 2000 niederschrieb. Interview des Autors mit Hakim al-Mutairi und Sajid al-Abdali, Kuwait, 19.4.2007.

⁸ Stéphane Lacroix, »Comparing the Arab Revolts: Is Saudi Arabia Immune?«, in: *Journal of Democracy*, 22 (Oktober 2011) 4, S. 48–59 (50).

⁹ So Mutairi bei einer Vorstellung der Ziele seiner Partei gegenüber jungen saudi-arabischen Muslimbrüdern in Anwesenheit des Autors. Interview des Autors mit Hakim al-

Zwar handelt es sich bei der Umma-Partei in Kuwait nur um eine kleine Splittergruppe, doch erregte ihre Gründung 2008 großes Aufsehen. Mutairi ist ein in den Golfstaaten bekannter Mann und auch die saudi-arabische Führung dürfte die Ereignisse im Nachbarland mit Sorge beobachtet haben. Insbesondere Saudi-Arabien und den VAE gilt das im regionalen Vergleich sehr liberale und plurale politische Leben in Kuwait zumindest als Störfaktor, wenn nicht gar als gefährlich.

Die Erfahrung mit der kuwaitischen Umma-Partei prägte auch den Umgang mit ihrem saudi-arabischen Ableger. Die beiden Gruppierungen scheinen zwar nur informell miteinander zu kooperieren, aber auch die saudi-arabische Umma-Partei orientiert sich am Denken Hakim al-Mutairis und machte dies durch die Benennung klar. In ihrem Gründungsdokument verlangte sie demokratische Reformen, unter anderem Parlamentswahlen und eine Gewaltenteilung, aber auch die Durchsetzung islamischer Werte in Innen- und Außenpolitik. Bei den Initiatoren handelte es sich um Religionsgelehrte, Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte und Geschäftsleute salafistischer Ausrichtung.¹⁰ Trotz der zunächst gemäßigten Forderungen musste die saudi-arabische Herrscherfamilie davon ausgehen, dass die neun Gründungsmitglieder ebenso wie Mutairi und die kuwaitische Umma-Partei das Ende des Regimes anstrebten, so dass die Reaktion schnell und gründlich war. Die Parteigründer wurden in den Tagen darauf verhaftet, im Verlaufe des Jahres 2011 aber wieder freigelassen, nachdem sie den Behörden versichert hatten, dass sie künftig auf politische Aktivitäten verzichten würden. Nur der Gelehrte und Rechtsanwalt Abdalaziz al-Wuhaibi weigerte sich, seine politische Tätigkeit zu beenden, und wurde im September 2011 zu sieben Jahren Haft verurteilt.¹¹

Auch Islamisten, die weniger provokative Forderungen stellten, sahen sich vermehrt staatlicher Repression ausgesetzt. Besonders prominent war der Fall des Salman al-Auda (geboren 1956). Er war einer der Wortführer der islamistischen Opposition nach dem Kuwait-Krieg 1990/91 gewesen und hatte die Jahre 1994–1999 im Gefängnis verbracht. Nach seiner Freilassung mäßigte er seine Positionen und wurde zu

Mutairi und Sajid al-Abdali, Kuwait, 19.4.2007.

¹⁰ Eine Liste der Gründungsmitglieder und die Gründungserklärung fanden sich auf der Webseite der Partei, <<http://islamicommunityparty.com/Portals/Content/?info=TkRnNEpsTjFZbEJoWjVbU1TWmhjbUk9K3U=.jsp>> (Zugriff am 5.9.2013). Im Frühjahr 2014 war die Webseite nicht mehr aktiv.

¹¹ Amnesty International, *Amnesty International Report 2012: The State of the World's Human Rights*, London 2012, S. 287f.

einem der bekanntesten Gelehrten im Land mit eigenen Fernsehsendungen und einer professionell gepflegten Präsenz im Internet einschließlich der sozialen Netzwerke.¹² Nachdem er sich dort mehrfach zustimmend zu den Umstürzen in den Nachbarländern geäußert hatte, ließ die Regierung zwei seiner Fernsehprogramme einstellen. Im Jahr 2012 wurde er außerdem mit einem Ausreiseverbot belegt.¹³ Dies hielt Auda jedoch nicht davon ab, seine Gedanken zum arabischen Frühling in einem Buch mit dem Titel »Fragen zur Revolution« (Masa'il ath-thaura) festzuhalten.¹⁴ Obwohl die amtliche Reaktion auf Audas Meinungsäußerungen verhalten war, sandte sie ein deutliches Signal an die saudischen Islamisten. Auda gilt nämlich als Protagonist einer in den 1960er und 1970er Jahren entstandenen Strömung namens Islamisches Erwachen (as-Sahwa al-Islamiya), die ähnlich der Umma-Partei Denkweisen der saudisch-arabischen Wahhabiya mit Anschauungen der ägyptischen Muslimbruderschaft kombinierte.¹⁵ Diese Strömung hatte die islamistische Opposition der 1990er Jahre angeführt, was einer der Gründe für die feindselige Haltung der saudisch-arabischen Regierung gegenüber den Muslimbrüdern insgesamt ist. Die Maßregelung des populären Auda war ein unmissverständliches Zeichen dafür, dass die Regierung die Revolutionen in den Nachbarländern ablehnte, die Machtübernahme der Muslimbrüder als Gefahr sah und keine Aktivitäten der Organisation in Saudi-Arabien (wo sie ohnehin nicht zugelassen ist) dulden würde. Als die Regierung ihre Gangart gegenüber der Muslimbruderschaft 2013 verschärfte, wurde dies im Land auch als Fingerzeig in Richtung Sahwa al-Islamiya verstanden. Konkretere Maßnahmen blieben jedoch bis Frühjahr 2014 aus.

Die liberale Opposition sah sich ebenfalls Repressionen ausgesetzt, die sich jedoch wenig von denen unterschieden, unter denen sie in Saudi-Arabien seit jeher leidet. Großes Aufsehen erregte dennoch der Fall der beiden Reformer Muhammad al-Qahtani und Abdullah al-Hamid 2012 und 2013. Während Hamid schon seit den 1990er Jahren einer der prominentes-

ten Liberalen im Land ist, wurde der jüngere Qahtani erst in den letzten Jahren einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Er tat sich vor allem durch ungewöhnlich heftige Kritik am Regime und bedeutenden Mitgliedern der Herrscherfamilie hervor. Zwar forderte er nicht direkt den Sturz des Regimes, sagte ihn aber voraus, falls es sich nicht grundlegend reformiere. Den mächtigen Innenminister Naif nannte er wegen der Misshandlung Tausender politischer Gefangener einen Kriminellen und forderte den König auf, ihn zu entlassen und strafrechtlich zu verfolgen.¹⁶ Hamid und Qahtani gehörten im Jahr 2009 zu den Gründern der »Vereinigung für zivile und politische Rechte in Saudi-Arabien« (Jam'iyat al-Huquq al-madaniya was-siyasiya fi as-Su'udiya), die sich hauptsächlich für die Freilassung politischer Gefangener und politische Reformen hin zu mehr Partizipation und Rechtsstaatlichkeit einsetzte. Im März 2013 wurden die beiden von einem ursprünglich für die Terrorismusbekämpfung geschaffenen Sondergericht zu langen Haftstrafen verurteilt – Qahtani zu zehn und Hamid zu fünf Jahren.¹⁷ Ihnen wurde unter anderem die Anstiftung zum Aufruhr gegen den Herrscher vorgeworfen.

In einem weiteren Fall wurde deutlich, dass die Regierung auf gemeinsame Aktivitäten liberaler und schiitischer Oppositioneller besonders gereizt reagierte. Ihr Zorn traf Muhammad Said Tayyib (geboren 1939), der neben Hamid, Matruk al-Falih und Ali ad-Dumaini seit langer Zeit zu den bekanntesten liberalen Reformern im Land zählt, jedoch seltener als diese staatlicher Verfolgung zum Opfer fiel. Im Jahr 2003 gehörte er zu den namhaftesten Unterzeichnern der Petition »In Verteidigung des Vaterlandes« (Difa'an 'an al-watan), in der die Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie verlangt wurde.¹⁸ Mit dieser Forderung wurde eine rote Linie des Regimes überschritten, das deshalb einige Wortführer verhaften ließ, auch Tayyib, der aber nur kurze Zeit im Gefängnis blieb. Im Dezember 2011 legte er gemeinsam mit liberalen und schiitischen Reformern erneut eine Petition vor. Die Unter-

¹² Siehe Salman al-Audas Webseite: www.islamtoday.net.

¹³ Monika Bolliger, »Islamische Kritik an der saudischen Regierung«, in: *Neuer Zürcher Zeitung*, 17.4.2012.

¹⁴ Salman al-Auda, *Masa'il ath-thaura* [Fragen zur Revolution] Beirut 2012.

¹⁵ Zu dieser Strömung im Detail vgl. Stéphane Lacroix, *Awakening Islam. The Politics of Religious Dissent in Contemporary Saudi Arabia*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, passim. Ihr neben Auda wichtigster Vertreter ist Safar al-Hawali (geboren 1950).

¹⁶ Thomas Lippman, »Saudi Professor Faces Charges after Fighting for Free Speech«, in: *Al-Monitor*, 29.6.2012.

¹⁷ Hamid muss außerdem eine ältere Haftstrafe von sechs Jahren absitzen. Jürg Bischoff, »Gefängnis für Dissidenten. Hohe Strafen in Saudiarabien«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.3.2013.

¹⁸ *Difa'an 'an al-watan* [In Verteidigung des Vaterlandes], September 2003. Der Text findet sich auf Muhammad Said Tayyibs Webseite: <www.mstayeb.com/index.php?option=com_content&view=article&id=146:deft3aanwatan&catid=20:isla7&Itemid=5>.

zeichner wandten sich gegen die Verurteilung von 16 liberalen Intellektuellen in Jidda zu langen Haftstrafen und das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Proteste der Schiiten im Osten des Landes.¹⁹ Kurz nach Veröffentlichung des Schreibens zwang die Regierung Muhammad Said Tayyib, sich im Staatsfernsehen für die Petition zu entschuldigen und seine Unterschrift zurückzuziehen. Anschließend durfte er das Land für einige Monate nicht verlassen. Diese Reaktion zeigte, wie sehr die Regierung die Straßenproteste der Schiiten als Gefahr ansah, so dass sie die Forderung Tayyibs und seiner Mitstreiter nach dem Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsrecht nicht im Raum stehen lassen konnte. Außerdem wollte sie in jedem Fall ein Bündnis der liberalen (sunnitischen) mit der schiitischen Opposition verhindern. Es musste der Führung in Riad als unerträgliche Provokation erscheinen, dass die Petenten ihr offen vorgeworfen hatten, die konfessionelle Spaltung (ta'ifiya) zu schüren, indem sie ständig den angeblichen iranischen Einfluss auf schiitische Demonstranten betonte. Denn die Regierung sieht die Schuld für die zunehmende religiöse Polarisierung vorrangig bei Iran und den Schiiten in der Region.

Die schiitische Protestbewegung

Der arabische Frühling wirkte sich in Saudi-Arabien vor allem unter den Schiiten der Ostprovinz aus. Während es im Westen und im Zentrum des Landes überwiegend ruhig war, kam es in den schiitisch besiedelten Gebieten immer wieder zu Demonstrationen, die auch nach 2011 anhielten. Die saudi-arabische Führung betrachtet diese Proteste als Gefahr für die Stabilität des Landes. Dies geht insbesondere darauf zurück, dass auch die Schiiten im benachbarten Bahrain gegen das mit Riad verbündete Regime der Herrscherfamilie Khalifa demonstrierten und Riad ein Übergreifen der dort seit Frühjahr 2011 anhaltenden Unruhen fürchtet. Die Situation gilt der saudi-arabischen Führung als so gefährlich, weil sie in den Schiiten der Ostprovinz (und in Bahrain) die potentielle fünfte Kolonne Irans sieht. Riad beschuldigt Teheran, die schiitischen Minderheiten in den Golfstaaten aufzuwiegeln, um diese zu destabilisieren. Seit 2011

¹⁹ *Bayan haul muhakamat al-islahiyyin bi-Jidda wa-ahdath al-Qatif al-mu'sifa* [Erklärung zur Strafverfolgung der Reformer in Jidda und zu den traurigen Ereignissen von Qatif], 5.12.2011. <http://www.mstayeb.com/index.php?option=com_content&view=article&id=259:byan&catid=20:isla7&Itemid=5>.

haben sich die Zwischenfälle in der Ostprovinz verstetigt und viele schiitische Jugendliche treten immer militanter auf, weil sie nicht mehr glauben, dass sie auf friedlichem Wege ihre Gleichberechtigung erstreiten können. Daraus entstand ein regelrechter Generationenkonflikt mit den älteren Vertretern der schiitischen Gemeinschaft, die zu Beginn der 1990er Jahre ihren Frieden mit dem Regime machten, infolge der Radikalisierung der Jugend heute aber ihren Einfluss schwinden sehen.

Die schiitische Minderheit in Saudi-Arabien leidet seit jeher unter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Diskriminierung und hat die saudi-arabische Herrschaft lange abgelehnt. Der Bevölkerungsanteil der Schiiten liegt bei bis zu 15 Prozent, was etwa einer Zahl zwischen zwei und drei Millionen entspricht. Die Mehrheit von ihnen bewohnt die Ostprovinz des Landes, wo sie rund die Hälfte der Bevölkerung stellen. Da in dieser Region auch die Ölindustrie und alle wichtigen Ölfelder des Landes beheimatet sind, hat das »Schiitenproblem« besondere strategische Bedeutung. Ihren Ursprung hat die Diskriminierung der Schiiten in Saudi-Arabien darin, dass hier die Wahhabiya eine Art Staatsreligion ist und wahhabitische Gelehrte die religiös-politische Kultur des Landes tief prägen. Bei der Wahhabiya handelt es sich um eine sunnitische Reformbewegung, die Schiiten nicht als Muslime anerkennt.²⁰ Der Konflikt nahm seit der Islamischen Revolution in Iran 1979 an Schärfe zu und hält seitdem an, obwohl sich die Lage in den 1990er Jahren entspannte.

Erst als sich die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran erneut verschlechterten, setzten die saudi-arabischen Behörden ab 2005 wieder vermehrt auf Repression. Die Führung in Riad fürchtete, dass ein zunehmend aggressiver Iran mit Hilfe saudi-arabischer Schiiten erneut versuchen könnte, Saudi-Arabien zu destabilisieren. Diese Furcht ist nur zum Teil berechtigt. Zwar ist davon auszugehen, dass iranische Geheimdienste im östlichen Saudi-Arabien präsent sind und gegebenenfalls auch Terroranschläge verüben könnten. Unter den saudi-arabischen Schiiten jedoch gibt es keine nennenswerte proiranische militante Gruppierung mehr. Die Politik der saudi-arabischen Führung wird eher von ihrer auf politischen und religiösen Vorurteilen beruhenden Fehlperzeption der einheimischen Schiiten als iranhörige Sektierer

²⁰ Guido Steinberg, »The Wahhabiya and Shi'ism, from 1744/45 to 2008«, in: Ofra Bengio/Meir Litvak (Hg.), *The Sunna and Shi'a in History. Division and Ecumenism in History*, New York: Palgrave Macmillan, 2011, S. 163–182.

angeleitet, nicht von deren tatsächlicher politischer Orientierung. Das hatte fatale Folgen, denn die wachsende Repression erzeugte große Verbitterung bei vielen schiitischen Einwohnern Saudi-Arabiens. Diese entlud sich schon im Februar 2009, als in Medina schiitische Pilger aus dem Osten des Landes und saudi-arabische Sicherheitskräfte aneinandergerieten. In den folgenden Wochen waren auch vereinzelt Unruhen im schiitisch besiedelten Osten zu verzeichnen.²¹

Daher war die Situation in den schiitischen Gebieten schon gehörig aufgeladen, als sich ab Januar 2011 die Nachrichten von den Protesten in den Nachbarländern auch in Saudi-Arabien verbreiteten. Die Regierung entsandte frühzeitig zusätzliche Sicherheitskräfte in die östlichen Gebiete, so dass es im Frühjahr nur vereinzelt Demonstrationen von wenigen hundert Schiiten gab. Nur kurz nach der saudi-arabischen Intervention in Bahrain am 14. März schwoll die Zahl der Demonstranten kurzzeitig auf einige Tausend an. Dass es auch in den folgenden Monaten sehr viel ruhiger blieb als im benachbarten Bahrain, hatte neben der Präsenz von Sicherheitskräften möglicherweise mit dem Versprechen der Regierung zu tun, die Lebensverhältnisse der Schiiten zu verbessern, wenn sie zu Hause blieben. Da die Sicherheitskräfte jedoch einige Führer der frühen Proteste verhafteten, ließ die Unzufriedenheit nicht nach. Insbesondere die Festsetzung des schiitischen Gelehrten Taufiq al-Amir Ende Februar 2011 sorgte für große Empörung. Er hatte öffentlich eine konstitutionelle Monarchie in Saudi-Arabien verlangt, eine eher moderate Forderung, auf die die saudi-arabische Regierung aber seit jeher empfindlich reagiert – erst recht wenn sie von Schiiten erhoben wird.²² Die nächste Konfrontation musste fast zwangsläufig folgen.

Anfang Oktober 2011 kam es in dem schiitischen Ort Awamiya in der Ostprovinz zu einem Zusammenstoß zwischen schiitischen Jugendlichen und Polizei, bei dem nach Darstellung der Regierung elf Polizisten durch Schüsse und Molotowcocktails verletzt wurden. Die »Ereignisse von Awamiya« bildeten den Auftakt zu einer Serie von Protesten, die in den folgenden drei Monaten eskalierten, vor allem nachdem am 20. November erstmals schiitische Jugendliche erschossen worden waren. Die Begräbnisse der jungen Männer – insgesamt starben 2011 und 2012 zwölf junge Saudis –

entwickelten sich zu den größten Kundgebungen, die die Ostprovinz seit 1979/1980 erlebt hatte.²³ Die Demonstranten verlangten, die politischen Gefangenen freizulassen und die Diskriminierung der Schiiten in Saudi-Arabien zu beenden. Auch die Geschehnisse im nahen Bahrain wurden wiederholt zum Thema. Die saudi-arabischen Schiiten forderten, dass das saudi-arabische Militär aus Bahrain abziehe und die bahrainischen Schiiten nicht länger unterdrückt würden. Als Rufe nach einem Sturz des mächtigen Gouverneurs der Ostprovinz und der Familie Saud laut wurden, reagierte Riad mit Härte.²⁴

Die Regierung warf Iran und der libanesischen Hizbullah vor, hinter den Protesten zu stehen und »Sicherheit und Stabilität des Landes zu unterminieren«.²⁵ Gleichzeitig forderte sie die Schiiten auf, zwischen der Loyalität gegenüber dem saudi-arabischen Staat oder derjenigen gegenüber Iran und den führenden schiitischen Gelehrten dort zu wählen. Für den Fall, dass sie sich für die zweite Alternative entschieden, drohte die Herrscherfamilie, sie werde die Opposition mit »eiserner Faust« bekämpfen.²⁶ Im Januar 2012 veröffentlichte das Innenministerium eine Liste von 23 mit Haftbefehl gesuchten Rädelsführern der schiitischen Proteste. Einige stellten sich anschließend den Behörden, andere aber gingen in den Untergrund. In den nächsten Monaten gab es bei der Suche nach den Männern immer wieder Zwischenfälle, zum Teil unter Einsatz von Schusswaffen.²⁷

Trotz aller Gegenmaßnahmen fanden im Juli 2012 wiederum große Demonstrationen statt. Tausende Schiiten protestierten auf den Straßen der schiitischen Hochburgen Qatif und Awamiya und riefen Parolen gegen die Herrscherfamilie wie »Nieder mit Al Saud« und »Tod den Al Saud«. Zwei Demonstranten starben und rund zwei Dutzend wurden verletzt, als Sicherheitskräfte sie mit scharfer Munition beschossen. Anlass der Proteste war die Verhaftung des Religionsgelehrten Nimr Baqir an-Nimr (geboren 1960), der seit

²³ Toby Matthiesen, »A ›Saudi Spring?‹: The Shi'a Protest Movement in the Eastern Province 2011–2012«, in: *Middle East Journal*, 66 (Herbst 2012) 4, S. 628–659 (650).

²⁴ Ebd.

²⁵ »Saudi-Arabien: Ausländische Kräfte unterstützen die Unruhen in Qatif, Aufrührer müssen sich entscheiden, wo ihre Loyalitäten liegen« (arabisch), in: *al-Hayat*, 5.10.2013, S. 1, 6.

²⁶ Ebd.; *al-Quds al-Arabi*, 5.10.2011 (Beginning of Shi'i Uprising).

²⁷ Im März 2013 verkündeten die Sicherheitsbehörden außerdem, sie hätten 18 Personen verhaftet, weil diese für den Iran spioniert hätten. Nasir al-Haqbani, »Riad bestätigt die Aktivität einer Spionazelle für die iranischen Nachrichtendienste« (arabisch), in: *al-Hayat*, 27.3.2013.

²¹ Vgl. Toby Matthiesen, »The Shi'a of Saudi Arabia at a Crossroads«, in: *Middle East Report Online*, 6.5.2009, <www.merip.org/mero/mero050609> (Zugriff am 23.11.2013).

²² »Saudi Arabian Authorities Release Arrested Shiite Cleric«, *arabianbusiness.com*, 7.3.2011.

2011 zu einem bekannten Anführer der schiitischen Opposition gegen die Herrscherfamilie geworden war. Das saudi-arabische Innenministerium behauptete, der Gelehrte und seine Anhänger hätten sich am 8. Juli der Verhaftung widersetzt und anschließend mit dem Auto zu fliehen versucht. Bei der Verfolgungsjagd durch Awamiya sei der Fluchtwagen mit einem Polizeiauto kollidiert und Nimr durch einen Schuss ins Bein verwundet worden. Laut offiziellen Angaben hätten Anhänger Nimrs auf die Polizisten geschossen, die daraufhin das Feuer erwidert hätten. Bald nach der umstrittenen Aktion kursierte im Internet ein Bild des Gelehrten, das ihn unter einer blutbefleckten Decke auf dem Rücksitz eines Autos zeigte. Schon kurz darauf begannen die Proteste.

Nimr war bereits 2004 und 2006 inhaftiert, aber jeweils kurz darauf wieder freigelassen worden. Erst im Februar 2009 wurde er einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, weil er im Anschluss an die Ereignisse in Medina mit der Gründung eines eigenen Staates der Schiiten im Osten Saudi-Arabiens drohte, sollte die Regierung die Schiiten weiterhin diskriminieren.²⁸ Die Rede verbreitete sich wie ein Lauffeuer im Internet und die saudi-arabischen Sicherheitsbehörden begannen, nach Nimr zu fahnden. Dieser konnte sich in den nächsten Jahren dem Zugriff entziehen und avancierte spätestens seit Februar 2011 zu einer wichtigen Symbolfigur der schiitischen Opposition. Immer wieder war er auf Videos seiner Freitagspredigten zu sehen, in denen er die Politik der Regierung scharf kritisierte und politische und religiöse Reformen verlangte. Im Juni 2012 überspannte er den Bogen jedoch, als er anlässlich des Todes des Innenministers und Kronprinzen Naif die Schiiten aufforderte, das Ereignis zu feiern, denn immerhin sei Naif ein Hauptverantwortlicher für die Unterdrückung der Schiiten gewesen.²⁹

Diese Predigt und die anschließend intensivierte Fahndung waren wichtige Gründe für seine rasch wachsende Popularität. Dabei gehörte Nimr ursprünglich nicht zu den Führern der Schiiten in der Ostprovinz, sondern war eher eine Randfigur, die vor allen Dingen durch außergewöhnlich radikale Positionen von sich reden machte. Im Laufe der Proteste 2011 und 2012 gewann er an Einfluss, weil er mit der

unzweideutigen Forderung nach einem Ende der saudischen Herrschaft die etablierten und moderateren Führer der schiitischen Gemeinden in der Ostprovinz provozierte. Viele militante Aktivisten glaubten ebenso wie Nimr, dass das Regime nicht freiwillig aufhören würde, die Schiiten zu diskriminieren. Ab Juli 2012 folgten schiitische Jugendliche vermehrt dem Beispiel ihrer Gesinnungsgenossen in Bahrain und griffen mit Molotowcocktails Regierungsgebäude und Polizeipatrouillen an. Nachts zündeten sie auf belebten Straßen häufig Autoreifen an und blockierten so den Verkehr.³⁰

Die saudi-arabische Ostprovinz befand sich 2013 längst in einem Teufelskreis der Repression. Anhaltende Proteste der Jugendlichen verstärkten die Furcht der Regierung vor ausgeweiteten Unruhen, die die Stabilität des Landes bedrohen könnten. Die älteren etablierten Führer der Schiiten wie die traditionelle Gelehrtenschaft und jüngere Islamisten wie Hasan as-Saffar riefen die jungen Leute mehrfach zur Zurückhaltung auf, verloren seit 2011 aber deutlich an Einfluss.³¹ Schon dass die Proteste häufig gleichzeitig mit denen in Bahrain stattfanden und die saudi-arabischen Schiiten sich offenkundig mit ihren Glaubensbrüdern im Nachbarland solidarisierten, hob das Thema auf eine regionalpolitische Ebene. Besondere Bedeutung erlangte es jedoch, weil Riad vermutete, dass Iran hinter den Protesten stehe und es sich um einen iranischen Versuch handle, die arabischen Golfstaaten zu destabilisieren. Diese Verbindung innen- und regionalpolitischer Bedrohungswahrnehmung treibt die saudi-arabische Politik im arabischen Frühling an und hat verhängnisvolle Folgen. Denn in der Innenpolitik bewirkte sie, dass die Regierung die Forderungen der schiitischen Opposition nach einem Ende der Diskriminierung nicht ernst nahm und vorzugsweise mit Repression reagierte. Die teils brutalen Maßnahmen könnten zur Folge haben, dass die Jugendlichen sich tatsächlich nach Unterstützung umschaufen und diese bei iranischen Stellen finden könnten. Parallel dazu haben sich die Beziehungen zu Iran verschlechtert. Aus diesen Gründen eskalieren die Spannungen zwischen beiden Staaten und nehmen immer mehr die Konturen eines regionalen »Kalten Krieges« an.

²⁸ Vgl. Matthiesen »The Shi'a of Saudi Arabia« [wie Fn. 21].

²⁹ Toby Matthiesen »Neu entfachte Unruhen im Osten Saudiarabiens«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 23.7.2012. Nimrs Predigt findet sich in gekürzter Fassung in: MEMRI TV, 27.6.2012, <www.youtube.com/watch?v=RSEG34wxgaY> (Zugriff am 9.7.2012).

³⁰ Matthiesen, »A ›Saudi Spring?« [wie Fn. 23], S. 656.

³¹ Als Saffar und seine Mitstreiter 1993 aus dem Exil zurückkehrten, lösten sie ältere schiitische Gelehrte als Gesprächspartner der Regierung ab. Heute droht ihnen ein ähnliches Schicksal wie ihren Vorgängern.

Iranisch-saudi-arabische Beziehungen

Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran haben sich seit 2003 fast kontinuierlich verschlechtert, in verschärfter Form seit Beginn des arabischen Frühlings 2011. Saudi-Arabien und seine Verbündeten sahen in den Revolutionen gefährliche Präzedenzfälle und fürchteten ihre Auswirkungen auf die Stabilität der Monarchien in der Region. Die saudi-arabische Regierung argwöhnte, dass Iran die Instabilität in den arabischen Staaten nutzen könnte, um seinen Einfluss in der Region noch einmal auszuweiten, der aus Sicht Riads ohnehin in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Speziell die Proteste der Schiiten in Bahrain wurden als Bedrohung wahrgenommen. Saudi-Arabien deutet die Ereignisse in der Region in erster Linie vor dem Hintergrund seines Konflikts mit Iran und geht schon seit 2005 aggressiver als vorher gegen tatsächliche und perzipierte iranische »Geländegewinne« vor. Als der arabische Frühling begann, wurde nach saudi-arabischer Auffassung eine antiiranische Politik noch sehr viel dringlicher als zuvor.

Anlass für die aktivere Regionalpolitik war damals, dass eine schiitisch dominierte und iranfreundliche Regierung im Frühjahr 2005 die Macht in Bagdad übernahm. Bis heute lehnt Riad die seiner Ansicht nach iranhörige irakische Führung unter Ministerpräsident Maliki ab, den es für einen fanatischen Konfessionalisten hält. Der zweite wichtige Grund für den eskalierenden Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran war das iranische Atomprogramm, das Riad als ausschließlich militärisch motiviert sieht. Die saudi-arabische Führung fürchtet einerseits, dass Iran sich nuklear bewaffnen und zu einer weitaus größeren Bedrohung für seine Nachbarn werden könnte. Andererseits sorgt sie sich, dass die USA zu nachgiebig sein und eine regionale Vormachtstellung Irans gegen Zugeständnisse beim Atomprogramm akzeptieren könnten. Dieses nur schwerlich aufzulösende Dilemma prägt die saudi-arabische Politik.

Die saudi-arabische Furcht vor den Iranern steigerte sich parallel zu den Umstürzen 2011. Ein Grund hierfür lag in einer Auseinandersetzung zwischen den USA und Israel auf der einen und Iran auf der anderen Seite. Diese zog auch die Saudis in Mitleidenschaft und trug maßgeblich dazu bei, dass sie in Bahrain, Ägypten und Syrien so entschlossen handelten. Dabei

scheint Iran auf die Liquidierung iranischer Wissenschaftler und die Einschleusung des Computervirus Stuxnet zunächst mit Attacken auf Saudi-Arabien reagiert zu haben, vermutlich weil es Teheran an der nötigen Reichweite fehlte, um die USA und Israel zu treffen. Zum einen startete auch Teheran einen Cyberangriff, nämlich auf die saudi-arabische Ölfirma Aramco, und zum anderen verübten von Iran gesteuerte terroristische Zellen Anschläge auf saudi-arabische Diplomaten. Insgesamt führten die Zwischenfälle zu einer weiteren Eskalation und dürften weiter anhalten, wenn es keine für Iraner und Saudis akzeptable Lösung im Atomstreit gibt.

Der folgenschwerste Cyberangriff ereignete sich am 15. August 2012, als bisher unbekannte Hacker die Computer des weltweit einflussreichsten Ölkonzerns Saudi Aramco attackierten. Dies dürfte eine iranische Reaktion auf den Virus Stuxnet gewesen sein, mit dem die USA und Israel Iran angegriffen hatten. Stuxnet war im Herbst 2010 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Er nutzte mehrere bis dahin unbekannt Sicherheitslücken von Windows und veränderte die Arbeitsweise von Steuerungscomputern, die in Kraftwerken, bei industriellen Fertigungsketten und in der Schwerindustrie verwendet werden. Der Virus übernahm die Kontrolle über die von ihm infizierten Systeme, ohne dass die iranischen Betreiber dies merkten. Mit seiner Hilfe gelang es den USA, die Geschwindigkeit der Zentrifugen in der Aufbereitungsanlage in Natanz drastisch zu verändern, damit irreparabel zu beschädigen und so das iranische Urananreicherungsprogramm um ein bis zwei Jahre zurückzuwerfen.³² Selbst als Probleme mit den Zentrifugen entstanden, wurde den Iranern nicht klar, dass es sich um eine Cyberattacke handelte. Erst als der Virus im Frühsommer 2010 auf Computern außerhalb Irans auftauchte, schlussfolgerten westliche Fachleute, dass Natanz sein Ziel gewesen war. Seit Juni 2012 gilt es als gesichert, dass Spezialisten der NSA und der CIA gemeinsam mit israelischen Stellen für die Operation mit dem Codenamen »Olympic Games« verantwortlich

³² Christopher Bronk/Eneken Tikk-Ringas, »The Cyber Attack on Saudi Aramco«, in: *Survival*, 55 (April–Mai 2013) 2, S. 81–96 (82).

waren.³³ Da es den Iranern offenkundig an der nötigen Kompetenz fehlt, um einen Cyberangriff auf amerikanische oder israelische Ziele zu führen, wählten sie die Aramco als alternatives Ziel.

Die Saudi Aramco ist eine der größten Ölfirmen und für die Ölmärkte ist sie der wichtigste Konzern.³⁴ Ein Virus, der nach einem Wort im Quellcode »Shamoon« genannt wurde, legte dort im August 2012 knapp 30 000 Computer lahm und befahl auch die Rechner anderer Energiefirmen, darunter die katarische RasGas. Er löschte einen Großteil der Daten auf den befallenen Computern und zeigte stattdessen das Bild einer brennenden US-Flagge. Shamoon war wesentlich primitiver als Stuxnet, so dass er nur Computer infizierte, auf denen die interne Kommunikation und allgemeinen Geschäfte der Aramco abgewickelt, nicht aber die Produktion, Pipelines und Weiterverarbeitung gesteuert werden. Deshalb blieben die Auswirkungen begrenzt, auch wenn die Aramco schließlich fast zwei Wochen benötigte, um alle Schäden zu beseitigen. Obwohl ein stichhaltiger Beweis fehlt, dürfte der Virus von staatlichen iranischen Stellen stammen, die allein ein starkes Motiv und gleichzeitig die doch beträchtlichen Fähigkeiten haben, eine solche Operation durchzuführen.³⁵ Teheran wollte vermutlich auf die Stuxnet-Attacke antworten, aber auch die saudi-arabische Ölpolitik dürfte eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Laufe des Jahres 2012 hatte die Aramco nämlich ihre Ölproduktion erhöht, um die aufgrund verschärfter Sanktionen sinkenden iranischen Exporte auszugleichen. Darüber hinaus war Saudi-Arabien auf wichtige Kunden der Iraner in Asien zugegangen, um sie zu überzeugen, ihr Öl nicht mehr aus Iran, sondern von Aramco zu beziehen.³⁶

In der verdeckten Auseinandersetzung mit Saudi-Arabien nutzte Iran auch eher herkömmliche Methoden, die schon seit den 1980er Jahren zum Repertoire der iranischen Dienste gehören. Auch hier reagierte Teheran auf mehrere Anschläge gegen iranische Nuklearexperten. Diese Attentate werden gemeinhin

dem israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad zugeschrieben. Zwischen Januar 2007 und Januar 2012 töteten Unbekannte fünf iranische Wissenschaftler, die alle für das iranische Atomprogramm arbeiteten.³⁷ Die Iraner schlugen zurück, indem sie im Jahr 2011 mehrfach israelische, aber auch saudi-arabische Diplomaten angriffen. Im Mai wurde ein Angehöriger der saudi-arabischen Botschaft in Karatschi in seinem Auto erschossen. Im Oktober berichteten saudi-arabische Medien, der Botschafter in Kairo, Ahmad Qattan, sei vergiftet worden, habe aber im Krankenhaus gerettet werden können. Den Höhepunkt der Kampagne bildete jedoch ein vereitelter Mordanschlag, von dem die US-Regierung im Oktober 2011 die Öffentlichkeit unterrichtete: Er galt Adel al-Jubair, dem saudi-arabischen Botschafter in Washington.

Informationen des US-Justizministeriums zufolge hatte der in Texas lebende iranischstämmige Gebrauchtwagenhändler Mansour Arbabsiar auf einer Reise nach Iran den Auftrag erhalten, das Komplott zu schmieden. Auftraggeber waren zwei Offiziere der Quds-Brigade der iranischen Revolutionsgarden. Einer der beiden, ein in der Anklage nicht namentlich genannter hoher Offizier, soll ein Cousin Arbabsiars gewesen sein. Der Plan war, dass Arbabsiar mit 1,5 Millionen US-Dollar Mitglieder eines mexikanischen Drogenschmugglerkartells gewinnen sollte, um Jubair durch eine Sprengstoffexplosion in einem Restaurant im Washingtoner Stadtteil Georgetown zu ermorden, wo der Diplomat regelmäßig einkehrte. Arbabsiar reiste tatsächlich nach Mexiko, geriet dort aber im Drogenschmugglermilieu an einen Informanten der US-Behörden und wurde anschließend in den USA verhaftet.³⁸ Die Anklage weckte großes Erstaunen, weil viele Beobachter nicht glauben konnten, dass die mächtige Quds-Brigade der Revolutionsgarden auf die Dienste einer offenkundig inkompetenten Figur wie Arbabsiar und eines Drogenkartells angewiesen waren, um einen Anschlag in Washington zu verüben. Immerhin gilt die Quds-Brigade unter Qasim Solaimani als besonders wichtiges und effektives militärisch-geheimdienstlich-politisches Instrument iranischer Politik in Irak, Afghanistan, Syrien und Libanon. Dennoch

³³ Die beste Darstellung findet sich bei David Sanger, *Confront and Conceal. Obama's Secret Wars and Surprising Use of American Power*, New York 2012, S. 188–235.

³⁴ Guido Steinberg, »Saudi-Arabien: Öl für Sicherheit«, in: Enno Harks/Friedemann Müller (Hg.), *Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl*, Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 54–76.

³⁵ Nicole Perlroth, »In Cyberattack on Saudi Firm, U.S. Sees Iran Firing Back«, in: *New York Times*, 23.10.2012.

³⁶ Samuel Ciszuk, »Oil Strike. Saudi Arabia Wields its Energy Weapon«, in: *Jane's Intelligence Review*, (Januar 2013), S. 56f.

³⁷ Dieter Bednarz u.a., »Die rote Linie«, in: *Der Spiegel*, (2012) 10, S. 81–90 (87).

³⁸ Zum Ablauf vgl. Peter Finn, »Iranian Militant Linked to Murder Plot«, in: *Washington Post*, 15.10.2011. Eine detaillierte Darstellung findet sich in der Klageschrift: *United States vs. Manssor Arbabsiar and Gholam Shakuri*, New York, 11.10.2011, <www.justice.gov/opa/documents/us-v-arbabsiar-shakuri-complaint.pdf>.

scheint die US-Regierung keinerlei Zweifel an der gängigen Darstellung der Ereignisse gehabt zu haben; Arbabsiar bekannte sich denn auch schuldig. Unklar blieb lediglich, ob militante Kreise innerhalb der Revolutionsgarden auf eigene Faust gehandelt hatten oder ob die Führungsspitze des Staates eingeweiht war. Trotz der unsicheren Faktenlage nahmen die Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien nach Bekanntwerden des Attentatsplans deutlich zu. Dies zeigte sich besonders daran, dass die saudi-arabische Führung in Gestalt des Außenministers Saud al-Faisal entgegen ihren sonstigen Gewohnheiten Iran ausdrücklich verantwortlich machte.³⁹

³⁹ Ahmad Ghallab, »Saud al-Faisal: Der Angriff Irans auf unsere Diplomaten ist nichts Neues« (arabisch), in: *al-Hayat*, 25.11.2011.

Eine neue, offensive Regionalpolitik

Da die saudi-arabische Führung eine direkte Auseinandersetzung mit Iran scheut, ging sie ab 2005 vermehrt dazu über, tatsächlichen oder perzipierten iranischen Einflussgewinnen in der Region entgegenzutreten. Seit 2011 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter und die saudi-arabische Politik verfolgte seitdem drei grundsätzliche Ziele: Erstens suchte sie die mit Saudi-Arabien verbündeten Monarchien in der Region zu stützen und den wachsenden Einfluss der Muslimbrüder in den Transformationsstaaten zu begrenzen. Die saudi-arabische Führung betrieb diese Politik immer offensiver, befürwortete im Juli 2013 offen den Staatsstreich des ägyptischen Militärs gegen Präsident Muhammad Mursi und erklärte die Muslimbruderschaft im März 2014 zur terroristischen Organisation. Zweitens intervenierte Riad militärisch, als im Nachbarland Bahrain Proteste der schiitischen Bevölkerungsmehrheit die Stabilität des Regimes der Herrscherfamilie Khalifa bedrohten. Die Abhängigkeit Bahrains von Saudi-Arabien stieg von 2011 bis 2013 derart, dass mittlerweile unklar ist, ob es sich noch um einen unabhängigen Staat handelt. Drittens unterstützte Saudi-Arabien ab 2012 aufständische Gruppierungen in Syrien, um so zum Sturz des Regimes von Bashar al-Assad beizutragen. Auch hier scheint die saudi-arabische Politik immer aggressiver geworden zu sein. In allen diesen Fällen kritisierte Teheran das saudi-arabische Vorgehen scharf. Im Fall Syriens ist die Eskalationsgefahr besonders hoch, da Saudi-Arabien dort direkt gegen einen wichtigen Verbündeten Irans vorgeht.

Solidarität der Monarchien und Autokraten

Die Union der Golfstaaten

Mit den ersten Anzeichen, dass die Proteste in Nordafrika auch auf die Golfstaaten übergreifen könnten, kündigte die saudi-arabische Regierung an, die finanzschwächeren Partner im Golfkooperationsrat (GKR) zu unterstützen. Die Hilfszusagen für Bahrain und Oman beliefen sich auf insgesamt 20 Milliarden US-Dollar und verleiteten Minister der Staaten des GKR, von

einem »Marshallplan« für die Region zu sprechen.⁴⁰ In beiden Ländern erleichterten es die saudi-arabischen Finanzhilfen den Regierungen, die Proteste in den Griff zu bekommen. Besonders erfolgreich war die Regierung Omans, das sich als zweitgrößter Staat des GKR als Konkurrenten Saudi-Arabiens versteht, und dessen Regierung die Finanzhilfen nur unter Vorbehalt angenommen haben dürfte – ohne die sie wiederum Probleme bekommen hätte, ihre Politik von Zuckerbrot und Peitsche so effektiv zu betreiben, wie dies ab Frühjahr 2011 geschah.

Im Januar 2011 ereigneten sich in der omanischen Hauptstadt Maskat zunächst eher kleine Demonstrationen, deren Teilnehmer vornehmlich soziale und wirtschaftliche Verbesserungen wie höhere Löhne sowie Maßnahmen gegen steigende Lebenshaltungskosten und gegen die grassierende Korruption forderten. Im Februar jedoch begannen Proteste in der Hafenstadt Sohar, dem Handelszentrum des Landes. Nachdem die Sicherheitskräfte sie brutal niedergeschlagen und einige Demonstranten getötet hatten, breiteten sich die Demonstrationen auf andere Städte aus. Die Regierung machte nun weitreichende Zugeständnisse, indem sie ankündigte, neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen und Gehälter und Sozialleistungen zu erhöhen. Außerdem entließ sie im März einige wegen Korruption besonders unbeliebte Minister und weitete die Kompetenzen des gewählten Unterhauses aus.⁴¹ Gleichzeitig gingen die Sicherheitskräfte und die Justiz für omanische Verhältnisse hart gegen die Demonstranten vor.⁴² So gelang es der Regierung, die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Oman hatte im GKR schon seit den 1980er Jahren häufig die Rolle des Bremsers gespielt, indem es sehr viel bessere Beziehungen zu Iran unterhielt als seine Nachbarn. Häufig stand es auch einer vertieften

⁴⁰ James Gavin, »Taking the GCC Vision Forward«, in: *Middle East Economic Digest*, Supplement GCC Anniversary 2011, London, Dezember 2011, <www.meed.com/supplements/2011/gcc-anniversary/taking-the-gcc-vision-forward/3098601.article> (Zugriff am 21.1.2014).

⁴¹ Peter Salisbury, »Mixed Messages on Reform«, in: *Middle East Economic Digest*, 5.-11.10.2012, S. 34f (34).

⁴² Ebd.

Integration unter den sechs GKR-Staaten im Wege. Nach den Ereignissen vom Frühjahr 2011 schien der saudi-arabische König Abdallah die Chance zu sehen, die nunmehr deutliche omanische Abhängigkeit von den Zuwendungen seiner Verbündeten zu nutzen, um die Integration zu vertiefen. Im Dezember 2011 schlug Abdallah vor, dass die Mitgliedstaaten des GKR sich in einer Union politisch und wirtschaftlich enger als bisher zusammenschließen sollten. Obwohl dieses Projekt in der prosaudischen Presse als visionärer Schritt und wichtige Maßnahme gegen die iranische »Einmischung« in den Golfstaaten gefeiert wurde, handelte es sich doch eher um einen peinlichen Schnellschuss des Monarchen, der diesen vermutlich auch nicht mit seinen Ministern abgestimmt hatte.⁴³ Denn es konnte keinem Beobachter entgangen sein, dass die Zusammenarbeit im GKR in den vorangegangenen Jahren schon an politisch weniger kontroversen Projekten wie einer gemeinsamen Währung gescheitert war.⁴⁴ Nur die bahrainische Führung reagierte positiv und vertrat die Idee eines engeren Zusammenschlusses auch in den folgenden Monaten. Der Grund war, dass Bahrain ebenso wie Saudi-Arabien eine direkte iranische Bedrohung für seine Sicherheit sah und nach der saudi-arabischen Invasion im März 2011 immer abhängiger von seinem Nachbarn geworden war. Der Widerstand gegen die Golfunion wurde von Oman angeführt, das in ihr vor allem den Versuch der Saudis sah, ihre Position im Golfkooperationsrat noch weiter auszubauen. Obwohl zumindest die VAE und Katar ähnliche Vorbehalte gehabt haben dürften, hielten sie sich mit Kritik zurück. Auf dem Gipfeltreffen der Staatschefs des GKR im Mai 2012 in Riad war eine Teilunion Saudi-Arabiens und Bahrains zwar immer noch ein Thema, doch gab Oman kurz darauf seine Hinhaltetaktik auf. Im Juni 2012 erklärte Außenminister Yusuf b. Alawi Al Ibrahim kurzerhand, dass es keine politische Union der Golfstaaten geben werde.⁴⁵ Als saudi-arabische Politiker die Idee im Dezember 2013 erneut aufbrachten, bekräftigte Ibn Alawi die

omanische Ablehnung, was heftige Kritik auf saudi-arabischer Seite auslöste.⁴⁶ Hierbei dürfte zum einen der traditionelle omanische Widerstand gegen Saudi-Arabiens Dominanz im GKR eine Rolle gespielt haben. Doch die Führung in Maskat konnte auch die iranische Position nicht ignorieren. Die amtliche iranische Presse war gegen die Pläne einer Union der Golfstaaten und auch die kleinere Variante eines engeren Zusammenschlusses zwischen Saudi-Arabien und Bahrain Sturm gelaufen.⁴⁷

Der GKR-Beitritt Jordaniens und Marokkos

Saudi-Arabien und seine Verbündeten am Golf bemühten sich auch, die verbliebenen Monarchien der arabischen Welt in Jordanien und Marokko – wo es jeweils nur schwache Proteste gegeben hatte – zu unterstützen und beide enger an sich zu binden. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, sie in den GKR aufzunehmen, doch diese Offerte wurde schnell zu einer »strategischen Partnerschaft« herabgestuft. Mit dem ursprünglichen Angebot dürfte es Saudi-Arabien und seinen Partnern in der Hauptsache darum gegangen sein, die beiden Monarchien kurz nach Beginn des arabischen Frühlings ihrer Solidarität zu versichern und auch ein Zeichen an die Protestbewegungen zu senden.

Auf dem Gipfel des GKR in Riad im Mai 2011 kündigte sein Generalsekretär Abdallatif az-Zayani an, dass die Organisation den beiden Staaten ein Aufnahmeangebot unterbreiten werde, und beauftragte die Außenminister, die Details auszuarbeiten. Zum Außenministertreffen am 11. September 2011 in Jidda erschienen dann auch tatsächlich Vertreter Jordaniens und Marokkos. Im Dezember erklärte die Regionalorganisation, sie werde beide Länder mit je 5 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsprojekte unterstützen. Jeweils 1,25 Milliarden davon würden Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und die VAE tragen.⁴⁸

⁴³ Als Beispiel für einen solchen Jubelartikel vgl. »The Federal Gulf Countries?!«, in: *an-Nahar* (Beirut), 21.12.2011.

⁴⁴ Die gemeinsame Währung sollte ursprünglich bereits 2010 eingeführt werden. Dass dies nicht stattfand, lag an kuwaitischem und omanischem Widerstand und einem Konflikt zwischen Saudi-Arabien und den Emiraten über den Sitz der künftigen Zentralbank. Eine Zollunion wurde 2004 beschlossen, bisher aber nicht implementiert. Matthew Martin, »Plans for GCC Union Flounder«, in: *Middle East Economic Digest*, 3.7.2012, S. 32f (32).

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Raghida Dargham, »Befürchtungen im Kooperationsrat vor iranisch-omanischen Bestrebungen, ihn zu zerschlagen« (arabisch), in: *al-Hayat*, 9.12.2014.

⁴⁷ Vgl. z.B. »The Deadly Concern of Those Residing along the Persian Gulf Coasts of the Arab Spring: Bahrain to Be Integrated with Saudi Arabia«, in: *Mardom Salari*, 15.5.2012, zitiert nach: BBC Monitoring Middle East, *Persian Gulf States' Conflicts can Create »Instability« in the Region – Iran Paper*, 17.5.2012.

⁴⁸ Die fünf Milliarden sollten auf fünf Jahre verteilt ausbezahlt werden. »KSA to Finance Morocco Projects Worth \$1.25 bn«, in: *Arab News*, 18.10.2012; »Saudi Arabia to Provide Jordan with \$487 mln for Development Projects«, *Jordan News Agency* (Petra), 28.11.2012.

Auch in diesem Fall traf die Ankündigung auf verbreitete Skepsis, da starke Widerstände innerhalb des GKR und auch in der saudi-arabischen Regierung zu erwarten waren. Dies hatte zunächst mit den Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Golfstaaten einerseits und Jordanien und Marokko andererseits zu tun. Beide Staaten sind wirtschaftlich deutlich schwächer als ihre Partner am Golf, aber nicht abhängig vom Export von Energieressourcen. Für die Golfstaaten wären beide Länder sehr schnell zu einer ökonomischen Last geworden. Hinzu kam, dass Marokko geographisch viel zu weit von der Arabischen Halbinsel entfernt ist, um ernsthaft als Beitrittskandidat zu gelten. Im Falle Jordaniens würden die Golfstaaten ein Land aufnehmen, in dem die Muslimbruderschaft stark vertreten ist und in dem Palästinenser rund 70 Prozent der Bevölkerung stellen. Die Aktivitäten von Muslimbrüdern und Palästinensern werden von vielen Politikern am Golf aber als potentielle Gefahr gesehen, die sie nicht in ihre Länder importieren wollen.

Dementsprechend zeigte sich im Verlauf des Jahres 2012, dass Jordanien und Marokko keine Beitrittsperspektive hatten. Vielmehr dienten die im Dezember 2011 zugesagten Hilfen von je 5 Milliarden US-Dollar als Kompensationszahlung für die dann doch nicht angestrebte Aufnahme. Immer häufiger war jetzt die Rede von einer »strategischen Partnerschaft« des GKR mit den beiden Staaten.⁴⁹ Trotzdem profitierte allen voran Jordanien ab 2011 von Saudi-Arabiens gesteigertem Interesse an Stabilität in dem kleinen Nachbarland. Jordanien hatte stark unter den wirtschaftlichen Folgen des arabischen Frühlings gelitten. Besonders problematisch waren die steigenden Energiekosten, hervorgerufen durch den Ausfall billiger Gasimporte aus Ägypten. Saudi-Arabien half, indem es im Juli 2011 eine ältere Sperrung des saudi-arabischen Marktes für Obst und Gemüse aus Jordanien aufhob und im Oktober 2011 eine verstärkte Zusammenarbeit der Zollbehörden verabredete, um grenzüberschreitenden Handel und Reisen zu erleichtern.⁵⁰ Ab 2012 wurde zudem immer mehr Hilfe für die syrischen Flüchtlinge in Jordanien gewährt. Finanziert wurde sie teils

49 »Asharq Al-Awsat Talks to Moroccan Foreign Minister Dr. Saad Eddine El Othmani«, in: *Asharq Al-Awsat* (English Edition), 28.2.2012.

50 Dominic Dudley, »A Watered-down GCC Membership for Jordan«, in: *Middle East Economic Digest* 49, 9.-15.12.2011, <www.meed.com/sectors/economy/government/a-watered-down-gcc-membership-for-jordan/3118489.article> (Zugriff am 21.1.2014).

von der Regierung und teils über Spenden der saudi-arabischen Bevölkerung.⁵¹ Seit demselben Jahr arbeiteten beide Staaten auch in der Unterstützung syrischer Aufständischer zusammen.⁵²

Mit dem Militär gegen die Muslimbrüder in Ägypten

Ging es Saudi-Arabien mit seiner Unterstützung für Bahrain, Oman, Jordanien und Marokko noch darum zu verhindern, dass die Revolutionen auch auf die Monarchien übergriffen, versuchte das Königreich in Ägypten, das Militär und Teile des alten Regimes zurück an die Macht zu bringen. Zu diesem Zweck unterstützte es den Staatsstreich des ägyptischen Militärs im Juli 2013, weil es in den Generälen die einzigen potentiellen Garanten der Stabilität des Landes sieht. Es dauerte allerdings mehr als zwei Jahre, bevor sich die Führung in Riad entschied, sich so energisch auf die Seite der Gegenrevolution zu schlagen. Der wichtigste Grund war, dass sie aufgrund der zunehmenden Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft und der Politik des Präsidenten Muhammad Mursi und seiner Muslimbruderschaft die Stabilität des Staates gefährdet sah. Außerdem wollte Saudi-Arabien die Herrschaft der Islamisten aus Furcht vor ideologischer Konkurrenz beenden. Schließlich fürchtete Riad, dass Iran die Unruhe in Ägypten nutzen könnte, um seinen Einfluss dort auszubauen. In den Jahren zuvor hatte die saudi-arabische Führung mit großer Mühe gemeinsam mit Ägypten und Jordanien eine regionale Allianz proamerikanischer »moderater« Regime gegen den »extremistischen« Iran aufgebaut. Die drohte mit Ägypten ihren wichtigsten Eckpfeiler zu verlieren, so dass Riad glaubte, handeln zu müssen.

Sofort nach Beginn der Proteste in Ägypten im Januar 2011 versicherte die saudi-arabische Führung den ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak ihrer Unterstützung. Als dieser dann doch am 11. Februar 2011 aus dem Amt gejagt wurde, war die Bestürzung groß. Zu deutlich schienen den führenden Prinzen die Parallelen zum Sturz des Schah von Iran 1979. Besonders verärgert waren sie über die Indifferenz der Obama-Administration, die keine Anstalten gemacht hatte, ihren alten Verbündeten vor seiner Entmachtung zu retten. Die Einsicht, dass die USA wenig Interesse

51 »Jordanian Ambassador to Riyadh Talks Syrian Refugee Crisis«, in: *ash-Sharq al-Awsat* (English Edition), 1.8.2013.

52 Vgl. das Unterkapitel »Revolution in Syrien« in dieser Studie.

an einem Fortbestand autoritärer Regime in der arabischen Welt haben, bewog die saudi-arabische Führung dazu, ab 2011 eine noch aktivere Regionalpolitik und auch eine eigenständigere Ägypten-Politik zu verfolgen. Es gab damals Gerüchte, die Saudis hätten Mubarak Asyl angeboten, doch geschah dies zumindest nicht öffentlich. Das übernahmen die VAE, ohne dass der ägyptische Staatschef dem Angebot gefolgt wäre.⁵³

Die saudi-arabische Reaktion auf Mubaraks Sturz war zunächst verhalten. Doch antwortete Riad positiv auf die vorläufige Machtübernahme des Hohen Militärrats (Supreme Council of the Armed Forces, SCAF) unter der Führung von Feldmarschall Muhammad Husain Tantawi am 11. Februar. Im Mai 2011 sagte das Königreich zu, das neue Ägypten mit zunächst 4 Milliarden US-Dollar Wirtschaftshilfe zu unterstützen.⁵⁴ Hinter den Kulissen unterhielt es enge Kontakte zur Militärführung und hoffte, ein zu starkes Abschneiden der Muslimbrüder bei den Parlamentswahlen zu verhindern, die schließlich von November 2011 bis Januar 2012 stattfanden. Als die Muslimbrüder rund 50 Prozent der Stimmen errangen, verhärtete sich die saudi-arabische Position gegenüber Ägypten, insbesondere als im Juni 2012 mit Muhammad Mursi der Kandidat der Bruderschaft auch die Präsidentschaftswahlen gewann. Der Grund für die saudi-arabische Ablehnung der Muslimbruderschaft liegt vorrangig in der Furcht, dass diese eine konkurrierende, weil modernere, republikanische und häufig auch revolutionäre Interpretation des politischen Islam vertritt. Da sich seit den Wahlen in Tunesien im November 2011 und dem Sieg der Nahda-Partei andeutete, dass die Muslimbrüder und mit ihnen ideologisch verwandte Gruppierungen eine wichtige Rolle in den Transformationsstaaten spielen würden, wuchs die Sorge, dass die Bruderschaft von Ägypten aus zu einer ähnlichen Bedrohung werden könnte, wie dies Gamal Abd an-Nasir (Nasser) in den 1950er und 1960er Jahren gewesen war. Damals hatte der ägyptische Präsident mit seinem Ruf nach panarabischem Nationalismus, Sozialismus und dem Sturz der Monarchien in der Region dem saudi-arabischen Regime große Probleme

bereitet. Sie mündeten in einen regelrechten »arabischen Kalten Krieg«, der als Stellvertreterkonflikt überwiegend im Jemen ausgetragen wurde.⁵⁵ Weil von der Muslimbruderschaft beeinflusste Islamisten in den frühen 1990er Jahren auch in Saudi-Arabien eine starke Oppositionsbewegung dominiert hatten, sieht die Herrscherfamilie in der Machtübernahme einer transnational organisierten revolutionären Bewegung in einem so wichtigen Land wie Ägypten eine Gefahr für die interne Stabilität des Königreichs.⁵⁶ Nachdem die neue ägyptische Führung die Muslimbruderschaft zunächst verboten und im Dezember 2013 zur terroristischen Organisation erklärt hatte, folgte ihr Saudi-Arabien im März 2014 darin nach. Außer dem Wunsch, sich solidarisch zu zeigen, besaß die Herrscherfamilie auch innenpolitische Motive. Die Furcht vor ägyptischen Muslimbrüdern in Saudi-Arabien und den von ihnen beeinflussten saudi-arabischen Islamisten dürfte die Regierung in Riad veranlasst haben, diese sehr weitgehende und faktisch falsche Kategorisierung vorzunehmen. Schließlich hat die Muslimbruderschaft seit den 1950er Jahren keinen Anschlag mehr verübt.

Saudi-Arabiens feindselige Haltung war für die Muslimbrüder höchst problematisch, da sie auf Wirtschaftshilfe aus den Golfstaaten und die Überweisungen der Hunderttausenden ägyptischen Gastarbeiter dort angewiesen waren. Deshalb beeilte sich der neue Präsident Mursi in seiner Antrittsrede zu erklären, dass Ägypten nicht die Absicht habe, »die Revolution zu exportieren«, und besuchte kurz nach seiner Wahl im Juli 2012 die saudi-arabische Hauptstadt Riad. In einem offenkundigen Versuch, die saudi-arabische Führung zu beschwichtigen, sagte er, die Sicherheit des Golfs sei für ihn eine »rote Linie«.⁵⁷ Doch dieser Vorstoß Mursis war vergeblich. Das lag auch an seiner Politik gegenüber Iran, die die Saudis überzeugte, dass Ägypten unter Führung der Muslimbruderschaft die antiiranische Politik Mubaraks nicht fortsetzen werde. Schon kurz nach Beginn seiner Amtszeit reiste der ägyptische Präsident im August 2012 nach Teheran, im Februar 2013 folgte der Gegenbesuch seines Amtskollegen Ahmadinejad in Kairo. Besondere Verärgerung

53 »Aufatmen am Golf«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.7.2013.

54 Marcel Nasr, »Die nicht an Bedingungen gebundenen saudi-arabischen Hilfen für Ägypten übersteigen in ihren positiven Auswirkungen das, was Amerika zahlt« (arabisch), in: *al-Hayat*, 31.5.2011. Es dauerte ein Jahr, bis die erste der angekündigten vier Milliarden ausgezahlt wurde. Kareem Fahim/David D. Kirkpatrick, »Saudi Arabia Seeks Union of Monarchies in Region«, in: *New York Times*, 15.5.2012.

55 Malcolm Kerr, *The Arab Cold War. Gamal Abd al-Nasir and His Rivals 1958–1970*, 3. Aufl., London: Oxford University Press, 1971, passim.

56 Zur innenpolitischen Dimension siehe auch das Kapitel »Proteste in Saudi-Arabien« in dieser Studie.

57 Heba Saleh/Camilla Hall, »Morsi Eager to Ease Saudi Fears«, in: *Financial Times*, 12.7.2012; »Saudi Pundits Welcome Egyptian President's Visit to Riyadh«, in: *al-Jazeera*, 11.7.2012, zitiert nach *BBC Monitoring Middle East*, 12.7.2012.

löste aber eine letzten Endes gescheiterte ägyptische Initiative im Syrien-Konflikt aus. Mursi nutzte ein Gipfeltreffen der Organisation Islamische Konferenz in Mekka im August 2012, um die iranische Führung einzuladen, in einem Quartett gemeinsam mit Ägypten, der Türkei und Saudi-Arabien nach einer diplomatischen Lösung für den Bürgerkrieg in Syrien zu suchen. Zum ersten Ministertreffen Mitte September ließ sich der saudi-arabische Außenminister Saud al-Faisal aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen, bei einem zweiten Termin Anfang Oktober blieb auch die Entschuldigung aus.⁵⁸ Die saudi-arabische Führung scheint zunächst etwas gezögert zu haben, doch setzte sich dann die Ansicht durch, dass weder dem Muslimbruder Mursi noch der iranischen Führung der mit dem Quartetttreffen verbundene Prestigegewinn zugestanden werden dürfe. In den nächsten Wochen musste Mursi die Idee eines Vierertreffens denn auch endgültig begraben.

Entscheidend für den saudi-arabischen Entschluss, den Staatsstreich gegen Präsident Mursi und die Muslimbruderschaft zu unterstützen, war jedoch die Zuspitzung der innenpolitischen Situation in Ägypten selbst. Im Laufe der ersten Jahreshälfte 2013 nahmen die Proteste der Opposition gegen Mursis Regierungsführung zu. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation so sehr, dass der Staatsbankrott drohte. Bis heute ist unklar, ob das ägyptische Militär die Absetzung des Präsidenten Mursi am 3. Juli vorab mit der saudi-arabischen Führung besprochen und sich deren Unterstützung versichert hatte. In jedem Fall begrüßte König Abdallah den Staatsstreich, indem er sogleich ein überschwänglich formuliertes Glückwunschtelegramm an den ägyptischen Armeechef Abdalfattah as-Sisi schickte.⁵⁹ Nur knapp eine Woche später verkündeten Saudi-Arabien, die VAE und Kuwait, dass sie Ägypten in den nächsten Monaten mit insgesamt 12 Milliarden US-Dollar Budgethilfe, Zahlungen an die Zentralbank und Ölprodukten unter die Arme greifen würden.⁶⁰ Auf diese Weise wollten sie

⁵⁸ Michael Theodoulou, »Quartet's Chances for Syria Peace May Be Bleak«, in: *The National*, 19.9.2012; »Les Saoudiens absents d'une nouvelle réunion sur la Syrie«, *Reuters*, 3.10.2012.

⁵⁹ Ellen Knickmeyer, »Saudis Gain amid Islamist Setbacks«, in: *Wall Street Journal*, 8.7.2013.

⁶⁰ Saudi-Arabien übernahm fünf, die VAE drei und Kuwait vier Milliarden US-Dollar. Robert F. Worth, »Egypt Is Arena for Influence of Arab Rivals«, in: *New York Times*, 11.7.2013. Von den saudi-arabischen fünf Milliarden sollten zwei Milliarden an die Zentralbank gehen, zwei Milliarden in Form von Ölprodukten geliefert und eine Milliarde als direkte Finanz-

verhindern, dass die neue Übergangsregierung sofort in Zahlungsschwierigkeiten geraten würde, und sie lösten Katar als wichtigsten Geldgeber ab.

Der Staatsstreich in Ägypten hatte denn auch die aus saudi-arabischer Sicht vorteilhafte Begleiterscheinung, dass er Katars regionalen Einfluss erheblich schmälerte. Das kleine Emirat hatte seit 2011 nicht nur den Protestbewegungen zur Seite gestanden, sondern seine Hilfe vor allem den Muslimbrüdern und ähnlichen islamistischen Gruppierungen zukommen lassen. Folgerichtig war der Einfluss Katars nach deren Machtübernahme in Tunesien und Ägypten stark angewachsen. Zwar hatten sich die Beziehungen zwischen Riad und Doha angesichts der iranischen Bedrohung nach langen Krisen Jahren seit 2008 spürbar verbessert, doch konkurrierten beide Staaten seit 2011 um regionalen Einfluss. Der Staatsstreich entschied diese Auseinandersetzung zugunsten Saudi-Arabiens, aber Riad gab sich damit nicht zufrieden. In den folgenden Monaten erhöhte die saudi-arabische Regierung ihren Druck auf Doha, die Unterstützung für die Muslimbruderschaft aufzugeben. Als die katarische Führung sich weigerte, zogen Saudi-Arabien, die VAE und Bahrain Anfang März 2014 ihre Botschafter aus Doha ab. Gerüchte über möglicherweise bevorstehende weitere Maßnahmen wie ein Überflugverbot für Maschinen der Qatar Airways oder sogar eine Schließung der Landesgrenze zwischen Saudi-Arabien und Katar machten die Runde. Die Maßnahme stürzte den GKR in eine neue gefährliche Krise, denn bezeichnenderweise weigerten sich Oman und Kuwait, ihre Botschafter ebenfalls abzuziehen. Sollte der Konflikt anhalten oder sogar eskalieren, könnte er den Bestand der Regionalorganisation gefährden.

Gegenrevolution in Bahrain

Am entschlossensten ging Saudi-Arabien im Nachbarland Bahrain vor, wo es militärisch intervenierte, als die Proteste drohten außer Kontrolle zu geraten und die Herrschaft der eng mit Saudi-Arabien verbündeten Herrscherfamilie Khalifa in Gefahr zu bringen. In Bahrain waren die Demonstrationen des arabischen Frühlings nur einer von vielen Höhepunkten einer Protestbewegung, die schon lange vorher eingesetzt hatte und überwiegend von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Landes getragen wird. Saudi-Arabien

hilfe gezahlt werden. Michael Peel/Camilla Hall/Heba Saleh, »Saudis and UAE Pledge \$8bn«, in: *Financial Times*, 10.7.2013.

hatte bereits vor 2011 auf die bahrainische Führung eingewirkt, ihre Reformen nicht zu weit zu treiben, und in erster Linie zu verhindern gesucht, dass in diesem Nachbarland eine konstitutionelle Monarchie entsteht.

Die auf einen Hilferuf der bahrainischen Regierung an den GKR erfolgte Intervention verdeutlichte, dass Riad bereit war, große Risiken einzugehen, um einen Sturz der Familie Khalifa und eine politische Emanzipation der Schiiten in Bahrain zu unterbinden. Teils wütende Angriffe der iranischen Politik und Öffentlichkeit machten klar, dass Teheran die Intervention als Provokation ansah. Dies war besonders gefährlich, weil die Auseinandersetzungen in Bahrain mit der Niederschlagung der Proteste nicht endeten. Vielmehr gelang es schiitischen Jugendlichen seither, die Proteste trotz teils drakonischer Gegenmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Das Ergebnis waren immer wiederkehrende Unruhen, die zwar die Stabilität des Staates nicht ernsthaft beeinträchtigten, aber die Frage nach einer alternativen Lösung für die Krise aufwarfen. Gleichzeitig machten die finanziellen Zuwendungen, die militärische Invasion und die politische Unterstützung Manama immer mehr von Riad abhängig, so dass Bahrain faktisch zu einem saudi-arabischen Protektorat wurde. Die bahrainische Regierung betrachtete die im Mai 2011 vorgeschlagene Union der Golfstaaten deshalb eher als erneutes Schutzversprechen denn als Beeinträchtigung ihrer ohnehin weitgehend theoretischen Souveränität.

Die Ursache für die Unruhen in Bahrain liegt darin, dass das sunnitische Herrscherhaus die schiitische Bevölkerungsmehrheit von 50 bis 70 Prozent der etwa 550 000 Staatsbürger politisch und sozioökonomisch benachteiligt.⁶¹ Wie in Saudi-Arabien nahm der Konflikt seit der Islamischen Revolution 1979 in Iran an Schärfe zu, da die bahrainische Regierung in den einheimischen Schiiten plötzlich auch die potentielle fünfte Kolonne der nunmehrigen Islamischen Republik Iran sah und die Repression in Bahrain verschärfte. Dort führte diese Politik immer wieder zu Unruhen und mündete in eine Serie von Protesten, die von 1994 bis 1998 andauerte und als »bahrainische Intifada« bekannt wurden. Die Regierung schlug Demonstrationen gewaltsam nieder, ließ Tausende inhaftieren und verwies die Führer der Proteste des Landes. Erst mit

⁶¹ Die Zahlen sind hoch umstritten und Regierungsvertreter behaupten oft, dass die Sunniten die Mehrheit stellen. In jedem Fall ist der Anteil der Sunniten in den letzten drei Jahrzehnten gewachsen.

der Thronbesteigung von Emir Hamad b. Isa Al Khalifa (geboren 1950) im Jahr 1999 ging das Regime auf die Opposition zu, indem es politische Gefangene freiließ, Exilanten die Rückkehr in ihr Heimatland gestattete und demokratische Reformen in Aussicht stellte. Die Begeisterung für die Ankündigungen, die in einer per Referendum angenommenen »Nationalcharta« festgehalten waren, ließ aber schon 2002 nach, als deutlich wurde, dass die Familie Khalifa keinesfalls bereit war, wie von vielen Bahrainis erhofft, die Macht zu teilen und die Diskriminierung der Schiiten zu beenden.⁶² In den folgenden Jahren flammten immer wieder Unruhen auf, die im August und September 2010 eskalierten, als die Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen rund 160 Schiiten einschließlich von etwa zwei Dutzend Führungspersönlichkeiten der Opposition verhaften ließ.⁶³

In dieser Atmosphäre ermutigten die Proteste in Nordafrika, Syrien und im Jemen im Februar 2011 auch die Bahrainis, gegen die Politik der Herrscherfamilie aufzubegehren. Die Demonstrationen begannen am 14. Februar und konzentrierten sich nach wenigen Tagen auf einen großen Verkehrskreisel nahe dem Zentrum von Manama, der nach einem Monument in seiner Mitte als »Perlenplatz« bekannt war.⁶⁴ Während zunächst auch viele Sunniten teilnahmen, sorgte die Dominanz der schiitischen Opposition schnell dafür, dass sie sich abwandten. Schon am frühen Morgen des 17. Februar ließ die Regierung den Perlenplatz mit Gewalt räumen; vier Demonstranten starben.⁶⁵ In den Tagen darauf folgten Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften. Obwohl die Herrscherfamilie kurzfristig ihre Vorgehensweise änderte und am 13. März einen ergebnisoffenen Dialog anbot, eskalierte die Situa-

⁶² International Crisis Group (ICG), *Popular Protests in North Africa and the Middle East (III): The Bahrain Revolt*, Brüssel, 6.4.2011 (Middle East/North Africa Report Nr. 105), S. 4.

⁶³ Simeon Kerr, »Bahrain Faces Unrest Ahead of October Elections«, in: *Financial Times*, 3.9.2010; Thanassis Cambanis, »Security Crackdown in Bahrain Hints of End to Reforms«, in: *New York Times*, 27.8.2010.

⁶⁴ In seiner Mitte stand ein großes Denkmal, das aus sechs in den Himmel zeigenden stilisierten Dhau-Segeln bestand, die in ihrer Mitte eine riesige Perle trugen. Die Perle und die Segel verwiesen auf die lange Geschichte des Perlentauchens und -handels in Bahrain und die Zahl sechs symbolisierte die sechs Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates. Das Monument war 1982 anlässlich des dritten Gipfels dieser Organisation errichtet worden.

⁶⁵ Eine eindrucksvolle, wenn auch einseitige Darstellung findet sich in dem Dokumentarfilm »Shouting in the Dark«, *aljazeera.net*, <www.aljazeera.com/programmes/2011/08/201184144547798162.html>.

tion.⁶⁶ Nachdem die Demonstranten sich ab dem 20. Februar erneut auf dem Perlenplatz festgesetzt hatten, erhoben einige von ihnen weitergehende Forderungen nach dem Sturz der Herrscherfamilie und dem Ende der Monarchie. Als sie auch noch das nahegelegene Bankenviertel von Manama blockierten und drohten, zum Palast des Königs zu marschieren, rief die Herrscherfamilie Saudi-Arabien und den GKR zu Hilfe. Die am 14. März einmarschierten saudi-arabischen und emiratischen Truppen übernahmen vorbereitete Stellungen in der Hauptstadt Manama und sicherten strategische Schlüsselpositionen, Ministerien und sonstige Behörden. So ermöglichten sie den einheimischen Sicherheitskräften und regimetreuen Schlägertrupps, das Protestcamp auf dem Perlenplatz mit Gewalt aufzulösen, wobei wiederum mehrere Demonstranten getötet wurden. Gleichzeitig setzte eine Verhaftungswelle ein. Sieben schiitische Führer wurden später zu langen Haftstrafen verurteilt.⁶⁷

Der bahrainische Konflikt konnte bis heute nicht beigelegt werden. Dies liegt auch an der Radikalisierung beider Konfliktparteien. Die wichtigste oppositionelle Gruppierung, al-Wifaq, hat die Kontrolle über militante schiitische Jugendliche verloren. Seit März 2011 sind in den schiitischen Dörfern rund um Manama beinahe jede Nacht Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften zu verzeichnen. Dabei kommen immer wieder Jugendliche und (sehr viel seltener) Polizisten zu Tode. Immer häufiger werfen Demonstranten Molotowcocktails und in einigen Fällen verübten Unbekannte Anschläge mit kleineren improvisierten Sprengsätzen.⁶⁸ Die gewalttätigen Proteste werden vor allem von einigen Tausend militanten Jugendlichen getragen, die sich von den etablierten politischen Vereinigungen abgewandt haben, weil sie sie für zu kompromissbereit halten. Sie agieren unter dem Label »Bewegung des 14. Februar«, sind aber untereinander nur über soziale Netzwerke wie Twitter schwach verbunden.

Auch in der Herrscherfamilie und unter ihren Anhängern ist eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Vertreter einer unnachgiebigen Bekämpfung der Opposition zu beobachten. Dieser Flügel wird von dem Onkel des Königs und Premierminister Khalifa b. Salman (geboren 1935) angeführt, der seit 1971 die Regierungsgeschäfte des Landes leitet

⁶⁶ Bahrain Independent Commission of Inquiry, *Report*, Manama, November 2011, S. 165.

⁶⁷ Interviews des Autors in Manama, 7.-11.12.2012.

⁶⁸ Inga Rogg, »Eskalation in Bahrain, Polizist durch einen Sprengsatz getötet«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 20.10.2012.

und bereits zu Zeiten des Vaters des jetzigen Königs als Befürworter eines autoritären Sicherheitsstaates galt.⁶⁹ Weitere Protagonisten sind der »Minister of the Royal Court« Khalid b. Ahmad Al Khalifa und dessen Bruder und Oberbefehlshaber des Militärs Khalifa b. Ahmad, die im Land nach einem ihrer Vorfahren »die Khalids« (al-Khawalid) genannt werden.⁷⁰ Sie alle sind der schiitischen Opposition besonders verhasst und die Forderung nach einem Rücktritt des Premierministers war eins der wichtigsten Anliegen der Demonstranten auf dem Perlenplatz 2011.⁷¹

Der heutige König Hamad b. Isa Al Khalifa scheint nicht in der Lage zu sein, sich gegen diese konservativen Hardliner durchzusetzen. Seit er 1999 als Reformers antrat, der eine weniger repressive Politik betreiben wollte als sein Vater, gilt er als dialog- und kompromissbereiter als seine Verwandten. Doch seine Reformversuche endeten spätestens mit den Unruhen 2011 und er ist entweder zu schwach oder zu unentschlossen, die Reformer in der Herrscherfamilie zu unterstützen. Als moderatester Vertreter der Herrscherfamilie gilt Kronprinz Salman b. Hamad (geboren 1969), der gegenüber den Hardlinern aber an Einfluss verloren hat.

Der vielleicht wichtigste Grund für deren Stärke ist ihre Nähe zur saudi-arabischen Regierung. Den Premierminister verband eine enge persönliche Beziehung zu dem 2012 verstorbenen saudi-arabischen Innenminister (1977–2012) und Kronprinzen (2011–2012) Naif. Die saudi-arabische Führung und die Hardliner in Bahrain sehen in den Protesten übereinstimmend den Versuch Irans, mit Hilfe der bahrainischen Schiiten eine legitime Regierung zu stürzen. Jegliches Bemühen um einen Ausgleich mit der schiitischen Opposition deuten sie als gefährliches Zeichen der Schwäche.⁷² Die saudi-arabische Führung soll bereits

⁶⁹ Joseph A. Kéchichian, *Power and Succession in Arab Monarchies. A Reference Guide*, Boulder/London: Lynne Rienner, 2008, S. 76f, 91f.

⁷⁰ Justin Gengler, »Gulf Apart. Bahrain Faces Political and Sectarian Divide«, in: *Jane's Intelligence Review*, (Januar 2012), S. 32–37 (33).

⁷¹ Interview des Autors mit schiitischem Oppositionellen, Manama, 10.12.2012.

⁷² In diesem Sinne äußerte sich der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen, Verteidigung und Nationale Sicherheit im bahrainischen Oberhaus (Majlis ash-Shura), Khalid b. Khalifa Al Khalifa, am 1.4.2013 in einer Rede auf dem »Bahrain International Symposium« der Bahrain University in Anwesenheit des Autors. Die Ereignisse in Bahrain 2011 hätten demnach nichts mit dem arabischen Frühling zu tun. Sie seien vielmehr ein von den iranischen Revolu-

seit Jahren immer wieder klargemacht haben, dass sie eine konstitutionelle Monarchie in Bahrain, wie sie von al-Wifaq gefordert und von einigen Reformern angestrebt wird, nicht akzeptieren werde. Es gibt jedoch keine überzeugenden Belege für eine iranische Rolle bei den Protesten. Mangels lokaler Verbündeter scheint sich Teheran vielmehr darauf zu beschränken, die bahrainische und die saudi-arabische Führung für ihre Politik gegenüber den Schiiten und die Intervention in Bahrain scharf zu kritisieren. Die Vorwürfe der bahrainischen und der saudi-arabischen Regierung sowie die verbalen Angriffe aus Teheran hatten jedoch zur Folge, dass zahlreiche regimetreue Sunniten heute sehr viel stärker antiiranisch und antischiitisch argumentieren, als dies vor 2011 der Fall war.⁷³ Aus diesem Grund nimmt der Konflikt in Bahrain immer deutlicher eine konfessionelle Dimension an.

Gleichzeitig ist Bahrain mittlerweile so weitgehend von Saudi-Arabien abhängig, dass die Frage im Raum steht, ob es überhaupt noch als souveräner Staat anzusehen ist. Da Bahrain kaum noch über Öl verfügt, ist es in hohem Maße auf Saudi-Arabien angewiesen, das rund die Hälfte seines Haushalts durch direkte und indirekte Unterstützung finanziert.⁷⁴ Diese Abhängigkeit hat sich durch die wirtschaftlichen Folgen der Unruhen seit 2011 verstärkt, denn Touristen bleiben fern und auch der Finanzplatz Manama, lange Zeit der wichtigste in der Golfregion, hat gelitten. Die schiitischen Jugendlichen reagieren auf ihre Weise auf die engen Bindungen zwischen den beiden Ländern. Es ist auffällig, dass Unruhen und Proteste in Bahrain und der saudi-arabischen Ostprovinz häufig parallel auftreten. Dabei handelt es sich oft um Demonstrationen der Solidarität, wie etwa der saudi-arabischen Schiiten kurz nach der Intervention in Bahrain. Doch sind die religiösen, kulturellen und auch familiären Kontakte zwischen den schiitischen Gemeinschaften in beiden Ländern seit jeher eng, was für eine begrenzte

te Koordination von Aktivitäten sprechen könnte. In jedem Fall herrscht in Riad große Sorge vor einer verstärkten Zusammenarbeit der bahrainischen und der saudi-arabischen Schiiten.

Der zunehmende saudi-arabische Einfluss wirkt sich auch auf die innenpolitischen Debatten in Bahrain aus. Der Tod des saudi-arabischen Innenministers Naif, der in der saudi-arabischen Führung seit langem für Bahrain zuständig gewesen war, weckte bei vielen Oppositionellen die Hoffnung, dass sein Nachfolger, sein Sohn Muhammad b. Naif, mäßigend auf die bahrainische Führung einwirken könne. Diese Hoffnung erhielt neue Nahrung, als Ende 2012/Anfang 2013 tatsächlich eine saudi-arabische Delegation das Gespräch mit al-Wifaq suchte und die bahrainische Regierung im Januar ein neues Dialogangebot machte.⁷⁵ Die folgenden Monate zeigten aber, dass die bahrainische und die saudi-arabische Regierung auf ihrer Position beharrten.

Revolution in Syrien

Seit 2012 hat sich Saudi-Arabien zum nach der Türkei und Katar wichtigsten Unterstützer der Aufständischen in Syrien entwickelt. Allerdings hielt sich die saudi-arabische Regierung lange zurück, da sie auf die Zusammenarbeit mit den USA hoffte. Die Vereinigten Staaten wiederum konnten sich nicht dazu durchringen, die Rebellengruppen entschlossen zu unterstützen, zumal diese immer deutlicher islamistisch geprägt waren. Das Zögern der Saudis dürfte auch darauf zurückgegangen sein, dass sie die iranische Reaktion auf eine saudische Finanzierung und Ausrüstung der Rebellen fürchteten. Erst ab November 2012 verdichteten sich die Hinweise, dass Saudi-Arabien gemeinsam mit den USA von Jordanien aus langsam die Unterstützung für Aufständische im Süden Syriens ausbaute. Indes scheinen die USA immer wieder Rückzieher gemacht und gebremst zu haben, so dass die saudi-arabische Führung unzufriedener und ungeduldiger wurde. Zum Wendepunkt wurde der Chemiewaffenangriff der syrischen Armee auf Viertel in den östlichen Vororten von Damaskus, bei dem am 21. August 2013 etwa 1400 Zivilisten starben. Als die US-Regierung zunächst einen Militärschlag ankündigte, diesen aber nicht führte, begann die saudi-arabische Führung, ausgewählte Rebellen-

tionsgarden und der libanesischen Hizbullah unterstützter Putschversuch mit dem Ziel, eine Islamische Republik nach dem Modell Irans zu errichten.

73 Justin Gengler, »Bahrain's Sunni Awakening«, *Middle East Research and Information Project (MERIP)*, Washington, D.C., 17.1.2012, <www.merip.org/mero/mero011712> (Zugriff am 5.11.2012).

74 Saudi-Arabien teilt die 300 000 Barrel pro Tag, die aus dem Offshore-Ölfeld Abu Safa gefördert werden, zur Hälfte mit Bahrain und versorgt die Raffinerie im bahrainischen Sitra mit saudi-arabischem Öl zu stark subventionierten Preisen. Kenneth Katzman, *Bahrain: Reform, Security, and U.S. Policy*, Washington, D.C., 6.1.2014 (CRS Report for Congress), S. 34.

75 Interview mit bahrainischem Intellektuellen, Manama, 31.3.2013.

gruppen auch ohne amerikanische Hilfe stärker zu unterstützen.

Die saudi-arabische Regierung wusste zunächst nicht recht, wie sie die friedlichen Proteste bewerten sollte, die in Syrien im Februar 2011 begannen. Zwar waren die Beziehungen zu Damaskus seit der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri im Jahr 2005 miserabel. Hariri war ein enger Verbündeter der Saudis gewesen, die das Attentat den Syrern zuschrieben. Dies hielt die Saudis aber nicht davon ab, nach 2008 auch mit den Syrern zusammenzuwirken, um eine Zuspitzung der Situation im Libanon zu verhindern.⁷⁶ Bis zum Frühjahr 2011 gaben König Abdallah und einige führende Prinzen die Hoffnung nicht auf, Syrien doch eines Tages aus seinem Bündnis mit Teheran zu lösen und damit den iranischen Einfluss im Nahen Osten einzudämmen. Ohnehin wollte die Herrscherfamilie zunächst eher den autoritären Status quo bewahren und stand den Protestbewegungen insgesamt misstrauisch gegenüber. Erst als Bashar al-Assad Mahnungen König Abdallahs ignorierte, weniger brutal gegen die Demonstrationen vorzugehen, und die Gewalt im Sommer 2011 zunahm, stellte sich die saudi-arabische Führung gegen das Regime. In einer viel beachteten Rede von Anfang August kritisierte König Abdallah die Gewalt des syrischen Regimes, forderte einen »Stopp der Tötungsmaschine« (iqaf alat al-qatl) und rief zu Reformen auf.⁷⁷ Im selben Monat zog Saudi-Arabien seinen Botschafter aus Damaskus ab. Auch auf Druck der Saudis suspendierte die Arabische Liga im November 2011 die Mitgliedschaft Syriens und verhängte zusätzlich Sanktionen gegen das Land.⁷⁸

In der öffentlichen Wahrnehmung stand das Königreich jedoch im Schatten Katars, das 2011 den Vorsitz der Arabischen Liga innehatte und dessen Führung sich gleichzeitig auf die Seite der Opposition stellte. Die Rivalität der beiden Golfstaaten prägte in der Folge denn auch die Entwicklung der syrischen Opposition im Ausland, die sich immer wieder in Machtkämpfe verstrickte – was auch die Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien und Katar widerspiegelte. Zunächst behielten

die Kataris die Oberhand und installierten viele ihrer Verbündeten in der Führung des im August 2011 geschaffenen Syrischen Nationalrats und der im November 2012 gegründeten Nationalen Koalition (al-I'tilaf al-Watani).⁷⁹ Sie förderten die Vertreter der syrischen Muslimbruderschaft, während die Saudis auf deren säkularistische Gegner setzten. Nach monatelangen Streitigkeiten wählte die Nationale Koalition mit Ahmad Jarba (geboren 1969) einen Verbündeten der Saudis zu ihrem Vorsitzenden.⁸⁰ Trotz dieser Grabenkämpfe unterstützte Saudi-Arabien die Nationale Koalition gemeinsam mit Katar diplomatisch und scheint die Hilfe nach Jarbas Wahl auch etwas ausgebaut zu haben. Folgerichtig nahm die Allianz im März 2013 den Platz Syriens beim Gipfel der Arabischen Liga in Doha ein.

Ähnlich entwickelte sich die Unterstützung der Saudis und Kataris für die Aufständischen in Syrien selbst. Ab spätestens Anfang 2012 versorgte Katar gemeinsam mit der Türkei die Rebellen mit Geld und Waffen. Ankara und Doha waren sich einig, dass mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehende Gruppen besonders gefördert werden sollten, und unterstützten auch Salafisten und Jihadisten. Währenddessen wartete die saudi-arabische Führung darauf, dass die US-Regierung sich entschied, die Aufständischen entschlossen zu unterstützen.⁸¹ Im Verlauf des Jahres 2012 gab es daher nur einige verstreute Berichte, dass saudi-arabische Stellen desertierten Soldaten Geld für Handfeuerwaffen und Munition zur Verfügung stellten.

Dass die Führung in Riad eine resolutere Politik betreiben wollte, ließ sich auch an einer Personalentscheidung ablesen. Im Juli 2012 ernannte König Abdallah Prinz Bandar b. Sultan Al Saud (geboren 1949) zum neuen Chef des Auslandsgeheimdienstes (Ri'asat al-Istikhbarat al-'Amma oder General Intelligence Directorate, GID). Dies wurde von vielen Beobachtern mit Erstaunen aufgenommen, weil Prinz Bandar im politischen Riad lange Zeit keine bedeutende Rolle mehr gespielt hatte. Seit Oktober 2005 war er

⁷⁶ Guido Steinberg, *Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2008 (SWP-Studie 35/2008), S. 26, 28.

⁷⁷ Zu ausführlichen Auszügen aus der Rede vgl. »Der Hüter der Heiligen Stätten in einer ›historischen‹ Rede: Das Königreich akzeptiert nicht, was in Syrien geschieht« (arabisch), in: *al-Hayat*, 8.8.2011.

⁷⁸ David Ignatius, »Saudi Arabia's Burst of Confidence«, in: *Washington Post*, 20.11.2011.

⁷⁹ Ihr voller Name lautet »Die Nationale Koalition der syrischen revolutionären und oppositionellen Kräfte« (al-I'tilaf al-Watani li-Quwa ath-Thaura wa-l-Mu'arada as-Suriya).

⁸⁰ Mit Muhammad Taifur fand sich ein Vertreter der Muslimbruderschaft unter den zwei Stellvertretern. »Syrische Nationale Koalition hat neuen Präsidenten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.7.2013.

⁸¹ Adam Entous/Nour Malas/Margaret Coker, »Bandar the Deal Maker: A Veteran Saudi Power Player Works to Build Support to Topple Assad«, in: *Wall Street Journal*, 26.8.2013.

Generalsekretär des damals neu gegründeten Nationalen Sicherheitsrates, schien sich in der Politik des Landes aber nicht gegen Innen- und Verteidigungsministerium durchsetzen zu können.⁸² Die Ernennung Bandars war in zweierlei Hinsicht Programm, denn er gilt als ebenso amerikafreundlich wie iranfeindlich. Von 1983 bis 2005 amtierte er als Botschafter Saudi-Arabiens in Washington und wurde als enger Vertrauter des proamerikanischen Königs Fahd angesehen, für den er die so wichtigen Beziehungen zur US-Regierung managte. In Washington genoss er hohes Ansehen und baute in seiner langen Amtszeit enge Beziehungen zur amerikanischen Politik und einzelnen Politikern auf. Zudem wurde er immer als Vertreter einer harten Linie gegenüber Iran eingeschätzt. Mit der Ernennung zum Chef des GID (zusätzlich zu seinem Posten im Nationalen Sicherheitsrat), der auch für die Unterstützung der Aufständischen in Syrien zuständig war, schien in Riad die Entscheidung gefallen zu sein, einen Stellvertreterkrieg gegen Iran zu beginnen.⁸³ Bei der Unterstützung der syrischen Rebellen stand Bandar sein jüngerer Bruder Salman b. Sultan (geboren 1976) zur Seite, der sich insbesondere um die Beziehungen zur syrischen Opposition kümmerte. Im August 2013 avancierte Sultan trotz seines für saudische Verhältnisse geringen Alters überraschend zum stellvertretenden Verteidigungsminister.⁸⁴ Dies war ein wichtiges Indiz für die gewachsene Bedeutung Bandars und seiner Umgebung im politischen Riad.

Nachdem Bandar seinen Posten angetreten hatte, erhöhte die saudiarabische Regierung den Druck auf Jordanien. Dessen Regierung forderte öffentlich eine friedliche Lösung des Konfliktes, arbeitete hinter den Kulissen aber mit den USA und Saudi-Arabien zusammen. Der saudiarabische Außenminister soll auf die jordanische Führung eingewirkt haben, die sich zunächst weigerte, sich offen gegen das Assad-Regime zu stellen.⁸⁵ Vom Sommer 2012 an erschienen in unregelmäßigen Abständen Berichte in der amerikanischen Presse, dass die USA sich nun entschieden hätten, Aufständische zu bewaffnen und auszubilden.⁸⁶ Tatsächlich trainierten die USA schon seit 2012

Kämpfer auf einer Basis in Jordanien. Es scheint aber immer wieder zu Konflikten zwischen Amerikanern und Saudis gekommen zu sein, da Prinz Bandar auf entschlosseneres Handeln drängte. Der saudiarabische Geheimdienstchef vertrat eine auch »southern strategy« genannte Vorgehensweise. Ihr Ziel war es, von Jordanien aus Aufständischen zu helfen, die weder zur Muslimbruderschaft noch zu den Jihadisten gehörten. Auf diese Weise sollte ein Gegengewicht zu den von Katar und der Türkei unterstützten Gruppierungen im Norden Syriens geschaffen werden.⁸⁷ Die US-Regierung lehnte insbesondere die Lieferung schultergestützter Luftabwehrraketen ab, die von den Saudis immer wieder verlangt wurde.⁸⁸ Im Verlauf des Jahres 2013 soll die US-Regierung außerdem die »Southern strategy«-Maßnahmen immer wieder gestoppt haben.⁸⁹ Gegen den Widerstand der USA waren die saudiarabischen Bemühungen weitgehend wirkungslos.

Die saudiarabische Führung verlor ab Frühjahr 2013 zusehends die Geduld und forderte nun auch öffentlich, die Aufständischen konsequenter zu unterstützen. Diese Unzufriedenheit erreichte ihren Höhepunkt im September 2013. Am 21. August hatte die syrische Armee einen östlichen Vorort von Damaskus mit Chemiewaffen angegriffen, bei dem etwa 1400 Zivilisten starben. Daraufhin kündigte die US-Regierung einen Militärschlag an, verzichtete dann aber darauf, nachdem es sich mit Russland und Syrien geeinigt hatte, sämtliche syrischen Chemiewaffen zu zerstören. Die saudiarabische Führung hielt das Aussetzen des Militärschlags für einen schweren Fehler, weil es von Syrern und Iranern als Zeichen der Schwäche gedeutet werden würde.⁹⁰ Außerdem hatte Saudi-Arabien die kontroverse Entscheidung zum Militärschlag nicht nur frühzeitig öffentlich begrüßt, sondern auch versucht, eine entsprechende Resolution der Arabischen Liga verabschieden zu lassen – allerdings ohne Erfolg.⁹¹

Im September 2013 scheint die saudiarabische Führung beschlossen zu haben, zunächst auch ohne

ton Post, 11.4.2013.

⁸⁷ Entous/Malas/Coker, »Bandar« [wie Fn. 81]

⁸⁸ Kevin Sullivan, »Saudis Line Up against Syrian Regime«, in: *Washington Post*, 8.10.2012.

⁸⁹ Interview mit saudiarabischem Diplomaten, Doha, 29.10.2013.

⁹⁰ Loveday Morris, »Persian Gulf Ties at Risk as Russia Plan Is Mulled«, in: *Washington Post*, 12.9.2013.

⁹¹ Karen DeYoung, »Kerry: Saudis Support the Strike«, in: *Washington Post*, 9.9.2013; Mayy el Sheikh, »Arab League Endorses International Action«, in: *New York Times*, 2.9.2013.

⁸² Zu Bandar und zum Nationalen Sicherheitsrat im Detail vgl. Steinberg, *Saudi-Arabien* [wie Fn. 76], S. 8f.

⁸³ Entous/Malas/Coker, »Bandar« [wie Fn. 81].

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Interview mit saudiarabischem Diplomaten, Manama, 7.12.2013.

⁸⁶ Vgl. z.B. Karen DeYoung/Anne Gearan, »U.S. Closer to Widening Nonlethal Assistance to Syrian Rebels«, in: *Washing-*

die Zustimmung und Hilfe der USA ausgewählte syrische Rebellen Gruppen zu unterstützen. Schnell tauchten Berichte über vermehrte Lieferungen nicht nur von leichten, sondern auch von panzerbrechenden Waffen auf, auch wenn die Saudis weiterhin dem amerikanischen Wunsch folgten, den Rebellen die immer wieder geforderten Luftabwehrraketen vorzuhalten.⁹² Darüber hinaus war die Rede davon, dass Saudi-Arabien plane, bis zu 50 000 syrische Kämpfer auszubilden und über Jordanien gegen das Assad-Regime (und gegen die jihadistischen Gruppierungen Jabhat an-Nusra und Islamischer Staat im Irak und in Syrien) in Position zu bringen. Zwar wiederholten saudi-arabische Politiker gebetsmühlenartig, dass sie ausschließlich die Freie Syrische Armee unterstützten. Doch wurde schnell deutlich, dass die im September 2013 gegründete »Armee des Islam« (Jaish al-Islam) unter dem Salafisten Zahran Alloush ein wichtiger Stützpfiler dieser Strategie werden sollte.⁹³ Im November 2013 gründete die vor allem in der Gegend von Damaskus operierende Armee des Islam gemeinsam mit anderen islamistischen und salafistischen, aber nicht jihadistischen Gruppierungen die »Islamische Front« (al-Jabha al-Islamiya).⁹⁴ Auch hinter dieser Vereinigung wurde die saudi-arabische Führung vermutet. Bis Anfang 2014 blieb jedoch unklar, inwieweit die Armee des Islam zu einem nennenswerten militanten Akteur und die Islamische Front tatsächlich zu einem Instrument der saudi-arabischen Politik werden würde.⁹⁵ Immerhin nahmen Einheiten der Islamischen Front im Januar 2014 an Kämpfen teil, die auf die Vertreibung des al-Qaida-Ablegers Islamischer Staat im Irak und Syrien abzielten. Obwohl die stärkste Teilgruppierung der Islamischen Front, die Freien Männer von Syrien (Ahrar ash-Sham), als katarischer und

türkischer Klient gelten, behaupteten saudi-arabische Politiker, dies sei auf ihre Veranlassung geschehen. Bisher versuchen die Saudis, ihre Verbündeten in den Befehlsstrang des Höheren Militärrats der oppositionellen Freien Syrischen Armee einzubinden und durch die Nationale Koalition politisch vertreten zu lassen. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass dies gelingt und tatsächlich eine militärische Alternative zu den Jihadisten entsteht, die stark genug ist, den Kampf gegen das Assad-Regime erfolgreich zu führen.

⁹² Anne Barnard/Hwaida Saad, »Syrian Rebels Say Saudi Arabia Is Stepping Up Weapons Deliveries«, in: *New York Times*, 13.9.2013.

⁹³ Zu diesen Plänen im Detail vgl. Yezid Sayigh, *Unifying Syria's Rebels: Saudi Arabia Joins the Fray*, 28.10.2013, <<http://carnegie-mec.org/2013/10/28/unifying-syria-s-rebels-saudi-arabia-joins-fray/greh>> (Zugriff am 22.1.2013).

⁹⁴ Zu ihrer Struktur vgl. Aaron Y. Zelin, *Rebels Consolidating Strength in Syria: The Islamic Front*, Washington, D.C.: The Washington Institute, 3.12.2013 (Policy Watch 2177), <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/rebels-consolidating-strength-in-syria-the-islamic-front> (Zugriff am 22.1.2013).

⁹⁵ Bei der ersten größeren Konfrontation mit den Truppen des Regimes im Qalamun-Gebirge nördlich von Damaskus Anfang Dezember 2013 scheinen sich die Einheiten der Armee des Islam sehr schnell zurückgezogen zu haben. Yamin Husain, »Die Niederlage von Nabak: Die Armee des Islam unter Verdacht« (arabisch), in: *al-Hayat*, 10.12.2013.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen für deutsche Politik

Am Beispiel Syriens zeigt sich am deutlichsten, wie aggressiv die saudi-arabische Regionalpolitik seit Beginn des arabischen Frühlings geworden ist. Noch steckt das Vorhaben in den Anfängen, nichtjihadistische syrische Aufständische zu unterstützen, um so ein Gegengewicht zu den 2012 und 2013 erstarkten Jihadisten aufzubauen. Doch schon der Versuch, ein arabisches autoritäres Regime zu stürzen, bedeutet eine Revolution für die vor wenigen Jahren noch sehr vorsichtige saudi-arabische Regionalpolitik.

Dabei ist ungewiss, ob Saudi-Arabien seine neue Syrien-Politik auch künftig fortsetzen kann. Erstens kann das Königreich die syrischen Rebellen nur unterstützen, wenn ein unmittelbarer Nachbarstaat Syriens mit Riad zusammenarbeitet. Im Sommer 2012 hat sich Saudi-Arabien bewusst entschlossen, auf Jordanien zu setzen, doch fürchtet der dortige König Abdallah die Rache des Assad-Regimes. Es ist deshalb jederzeit möglich, dass die jordanische Regierung Saudi-Arabien zwingt, seine Hilfen einzustellen. Zweitens würde Saudi-Arabien die Rebellen nicht mehr unterstützen, wenn eine diplomatische Lösung erreicht wird, die den syrischen Bürgerkrieg beendet. So unwahrscheinlich dies in den kommenden Jahren sein mag, verändert sich die Situation vor Ort so häufig und so schnell, dass sich längerfristige Prognosen verbieten. Je länger der Konflikt jedoch andauert, desto wahrscheinlicher ist, dass die Saudis ihre Unterstützung ausbauen und der Kampf sich zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien ausweitet. Dabei ist die seit September 2013 gewählte Strategie, neben der Freien Syrischen Armee vorwiegend auf nichtjihadistische salafistische Gruppierungen zu setzen, äußerst gefährlich. Denn es wird den Saudis nur schwer möglich sein, einmal erstarkte Gruppierungen effektiv zu kontrollieren und von Gewalttaten gegen die religiösen und ethnischen Minderheiten abzuhalten. Solche Gewaltakte wiederum würden den Konflikt verschärfen. Zudem arbeiten die von den Saudis unterstützten Gruppen schon jetzt taktisch mit den Jihadisten der Nusra-Front zusammen und Tausende saudi-arabische Freiwillige haben sich jihadistischen Organisationen in Syrien angeschlossen. Dass die saudi-arabische Führung dieses Problem nun ernster nahm, zeigte sich deutlich darin, dass

Prinz Bandar im Februar 2014 als Beauftragter für die Syrien-Krise abgelöst wurde. Nachfolger wurde sein Cousin, Innenminister Muhammad b. Naif, der sich in den Jahren zuvor als energischer Bekämpfer al-Qaidas in Saudi-Arabien und im Jemen einen Namen gemacht hatte.⁹⁶

Im Verhältnis zu den USA ist die Syrien-Frage jedoch nur eine von mehreren, die die nach 2001 wachsenden Spannungen befördert haben. Ausgangspunkt war die in Saudi-Arabien verbreitete Ansicht, die USA seien im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht nur untätig, sondern auch einseitig proisraelisch orientiert. Die Verstimmungen nahmen zu, als die Bush-Administration gegen den ausdrücklichen Rat der saudi-arabischen Führung das Regime Saddam Husseins im Irak stürzte. Der wichtigste Aspekt des Streits ist jedoch die amerikanische Politik gegenüber dem iranischen Atomprogramm und den Geländegewinnen Irans in der arabischen Welt. Im Anschluss an das Interimsabkommen zum iranischen Atomprogramm vom November 2013 nahm die saudi-arabische Kritik an der Obama-Administration teils einen schrillen Tonfall an. Prinz Bandar beispielsweise drohte, Saudi-Arabien werde sich von den USA abwenden.⁹⁷ Solche Drohungen wirken jedoch zunehmend hilflos, da die saudi-arabische Führung seit mehr als einem Jahrzehnt meist vergeblich versucht, auf diese Weise eigene Interessen gegenüber den USA durchzusetzen. Ihr fehlt jedoch die überzeugende Alternative zu den USA, da kein anderer Staat in der Lage und willens ist, für Saudi-Arabiens Sicherheit zu garantieren. Eine Aufkündigung der Allianz mit den USA würde das Königreich schutzlos zurücklassen.

Die heftige Reaktion der saudi-arabischen Führung auf die Kompromissbereitschaft der USA gegenüber Iran weist darauf hin, dass sie hier das größte Problem für ihre Regionalpolitik sieht. Sie fürchtet das iranische Atomprogramm nicht vorrangig deshalb, weil sie glaubt, dass das Regime in Teheran eines Tages den Einsatz von Nuklearwaffen befehlen könnte. Eher

⁹⁶ Rudolph Chimelli, »Still abserviert. Riads legendärer Geheimdienstchef Prinz Bandar entmachtet«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.2.2014.

⁹⁷ Sayigh, *Unifying Syria's Rebels* [wie Fn. 93].

sorgt sich Riad, dass Iran einen atomaren Schutzschirm nutzen könnte, um ungestraft militante Gruppierungen in den Nachbarländern zu unterstützen und so in erster Linie die Golfregion zu destabilisieren. Deshalb ist es Saudi-Arabien ein wichtiges Anliegen, das iranische Atomprogramm zu stoppen, das Riad zu Recht für in erster Linie militärisch motiviert hält. Hinter den Kulissen machten Vertreter der Herrscherfamilie denn auch wiederholt deutlich, dass sie einen Militärschlag gegen das iranische Atomprogramm befürworten und unterstützen würden. Da sie unabhängig von Irans Bemühungen um den Bau von Nuklearwaffen vor allem sein Streben nach Hegemonie in der Golfregion und im Nahen Osten insgesamt argwöhnisch betrachten, können sie eine mögliche Übereinkunft zwischen den USA und Iran über das Atomprogramm auch nicht begrüßen. Vielmehr droht eine amerikanisch-iranische Annäherung Saudi-Arabiens Bedeutung als wichtigstem Verbündeten der USA in der Golfregion zu schmälern. In der saudi-arabischen Perception wird aus dieser Annäherung jedoch schnell eine Übereinkunft, die Iran gestattet, gegen Konzessionen beim Atomprogramm eine regionale Vorherrschaft zu etablieren. Was aus europäischer und deutscher Sicht also ein voller Erfolg wäre, nämlich ein Abkommen, das es Iran unmöglich macht, rasch Kernwaffen mit Hilfe seines Atomprogramms herzustellen, wäre aus saudi-arabischer Perspektive (wenn überhaupt) nur ein Teilerfolg, der das grundsätzliche Problem nicht beseitigt. Sollten die Verhandlungen mit Iran also zu einem Erfolg führen, stünde eine zweite, ähnlich anspruchsvolle diplomatische Aufgabe an, sofern die USA und Europa zu einer Stabilisierung der Golfregion und des Nahen Ostens beitragen wollen. Dann ginge es darum, den bereits begonnenen regionalen Kalten Krieg zwischen Saudi-Arabien und Iran zumindest zu beruhigen und so sein beträchtliches Eskalationspotential zu reduzieren.

Dieser Konflikt betrifft auch die deutsche Außenpolitik. Auch wenn Deutschland nur einen sehr geringen Teil seines Öls und Gases aus der Golfregion importiert, wird die Bedeutung der Region für die globalen Energiemärkte in den kommenden Jahren eher steigen. Das gilt insbesondere für Saudi-Arabien, das über rund ein Viertel der weltweiten Ölvorräte verfügt. Diese Energiereserven machen den Persischen Golf auch auf lange Sicht zu einer geopolitisch äußerst wichtigen Region. Seit den Besuchen Bundeskanzler Schröders dort im Oktober 2003 und Februar 2005 haben alle Bundesregierungen die Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten kontinuierlich ausgebaut.

Zwar werden die Kontakte bis heute überwiegend von kommerziellen Interessen bestimmt, doch ist Deutschland in diesen Jahren ein immer bedeutenderer Partner geworden und gerade die sicherheitspolitische Dimension ist heute erheblich stärker ausgeprägt als noch vor wenigen Jahren. Das beste Beispiel hierfür ist, dass Airbus Defence die Technik für die Sicherung der gesamten saudi-arabischen Außengrenzen liefert. Die Bundesregierung unterstützt das Vorhaben, indem sie seit 2009 Bundespolizisten abstellt, die ihre saudi-arabischen Kollegen für den Betrieb der neuen Anlagen schulen.

Vor diesem Hintergrund hat sich in Deutschland eine Debatte über die Beziehungen zu Saudi-Arabien entwickelt, die sich in unregelmäßigen Abständen an Nachrichten über Rüstungslieferungen entzündet. Dann zeigt sich immer wieder, dass das Königreich ein außerordentlich schwieriger Partner deutscher Politik ist und dass es schlagende Argumente sowohl für eine Vertiefung der Beziehungen als auch für eine Distanzierung von Saudi-Arabien gibt. Für enge Beziehungen spricht die prinzipielle Einsicht, dass Deutschland als eine der weltweit stärksten Volkswirtschaften ein Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem global wichtigsten Öllieferanten hat. Das Land hat sich seit den 1970er Jahren in der Energiepolitik als verlässlicher Partner des Westens erwiesen, der die Weltwirtschaft mit Öl zu akzeptablen Preisen versorgt hat. Riad hat in den letzten Jahrzehnten eine gemäßigte Preispolitik betrieben und seine freien Förderkapazitäten wiederholt genutzt, um Engpässe auszugleichen, die in anderen Ressourcenstaaten aufgrund von Förder- und Exportausfällen entstanden waren. Überdies hat Riad auch im israelisch-palästinensischen Konflikt Lösungsansätze vertreten, die den europäischen Vorstellungen sehr nahe kommen, und in der Regionalpolitik diplomatischen Lösungen lange Zeit den Vorzug gegeben.

Gegen die Saudis spricht besonders die autoritäre Innenpolitik, die von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt wird. Das hat auch damit zu tun, dass das politische System den wahhabitischen Religionsgelehrten großen Einfluss auf Gesellschaft, Justiz und Erziehung gewährt. Die Folge ist, dass nicht nur die religiösen Rechte von Christen und Juden, sondern in erster Linie diejenigen nichtwahhabitischer Muslime eingeschränkt werden. In der Praxis trifft es besonders die bis zu 15 Prozent Schiiten im Königreich, die nicht als Muslime anerkannt, sondern als Häretiker behandelt werden. Die wahhabitische Prägung der saudi-arabischen Innenpolitik betrifft

Deutschland auch direkt, weil das Königreich den Export der wahhabitischen Lehre begünstigt, indem es religionspolitische Institutionen wie die Islamische Weltliga und mit ihr verbundene Wohlfahrtsorganisationen fördert. Diese Politik trägt maßgeblich zur weltweiten Verbreitung des Salafismus bei, die für Deutschland und Europa nicht nur ein außen-, sondern auch ein innenpolitisches Problem ist.⁹⁸

Darüber hinaus zeigt Saudi-Arabien seit 2005 sein aggressives Gesicht in der Regionalpolitik. Seine teils berechnete, häufig aber paranoide Furcht vor der Muslimbruderschaft, Iran und den Schiiten in der arabischen Welt und seine Gegenmaßnahmen haben zur Folge, dass die konfessionellen Spannungen zunehmen. Vor allem seine Unterstützung für den Staatsstreich des ägyptischen Militärs und die anschließende brutale Unterdrückung von Protesten zeugen davon, dass die saudi-arabische Führung Stabilität gerne mit Friedhofsruhe verwechselt. Außerdem trägt die saudi-arabische Bahrain-Politik dazu bei, dass das dortige Regime dringend notwendige politische Reformen ablehnt und die Unruhen anhalten. Zwar kann Saudi-Arabien beanspruchen, in Syrien eine klare Linie zu verfolgen, doch ist es gefährlich, islamistische und salafistische Gruppen zu unterstützen. Denn die ideologischen Grenzen zwischen ihnen und den Jihadisten sind fließend, so dass die saudi-arabische Politik das multikonfessionelle und multiethnische Syrien sunnitischen Fanatikern auszuliefern droht. Hinzu kommt, dass diese Politik die künftig von syrischen Gruppierungen ausgehende terroristische Bedrohung in der arabischen Welt und in Europa verschärfen dürfte.

Abkürzungsverzeichnis

BBC	British Broadcasting Corporation
CRS	Congressional Research Service
GID	General Intelligence Directorate
GKR	Golfkooperationsrat
ICG	International Crisis Group
MEMRI	Middle East Media Research Institute
MERIP	Middle East Research and Information Project
SCAF	Supreme Council of the Armed Forces
VAE	Vereinigte Arabische Emirate

⁹⁸ Guido Steinberg, *Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2012 (SWP-Aktuell 28/2012).